

Context XXI

ISSN 1028-2319 • 35,- ATS • 5,- DEM

Nummer 2/2001

Berühmte erste Worte 2

WAS EINE KUNST IST

Großeltern der Interventionskunst 4

Rewriting Walter Benjamins „Der Autor als Produzent“

VON GERALD RAUNIG

WAS EIN GELD IST

„Schaffendes“ und „raffendes“ Kapital 7

Die Tauschringle, die Lehre des Silvio Gesell
und der Antisemitismus

VON PETER BIERL

WAS EINE BEWEGUNG IST

Eine Bewegung und ein Volk 14

Evan Burr Bukeys „Hitlers Österreich“

GELESEN VON FLORIAN MARKL

WAS AUCH EINE BEWEGUNG IST

Ticket To Ride 16

Antizionismus in militanten linksradikalen Gruppen

VON KLAUS KINDLER

WAS KEINE CHINESEN SIND

Semitische Antisemiten? 21

Antisemitismus in arabisch-islamischen Gesellschaften

VON THOMAS SCHMIDINGER

WAS NICHT NEU IST

Never Ending Story 27

Neuerscheinungen zum linken Antisemitismus

GELESEN VON STEPHAN GRIGAT

Impressum & Offenlegung 3

Berühmte erste Worte:



Heute: Christoph Columbus anno 1492

Liebe Leserin, lieber Leser!

Im Vorfeld der Produktion dieser Nummer gab es einige sehr erfreuliche Erweiterungen in der Redaktion unserer Zeitschrift. Es gelang die bisher vorhandene „Herrenrunde“ mit einigen sehr kompetenten Frauen zu durchbrechen. Das heißt zwar noch nicht, daß unsere Redaktion nicht immer noch mehrheitlich von Männern dominiert würde, aber zumindest hat sich das Geschlechterverhältnis deutlich verschoben.

Dazu kommt noch, daß ich mich mit diesem Editorial als koordinierender Redakteur verabschiede, da ich für meine Diplomarbeit für einige Monate in den Sudan fahre, und meine Funktion mit Stefanie Mayer erstmals in die Hände einer Frau übergeht. Insbesondere hoffe ich, daß durch den feministischen Zustrom in der Redaktion feministische und gender-spezifische Themen in Zukunft in **Context XXI** nicht mehr zu kurz kommen werden. Vor-

erst wird aber noch der zweite Teil unseres im letzten Heft ausufernden Antisemitismus-Schwerpunktes dieses Heft dominieren. Viele Artikel dieser Nummer wären bereits im März fertig gewesen. Wir konnten es uns aber nicht leisten, einfach ein dickeres Heft zu drucken. Die Spanne zwischen dem, was wir könnten und dem, was wir uns leisten können, bleibt wohl weiter bestehen. Die folgenden Hefte werden dann aber wohl stärker die Handschrift der neuen Redaktionsmitglieder, Jutta Sommerbauer und Heide Hammer und der koordinierenden Redakteurin Stefanie Mayer tragen. Ich freue mich jedenfalls jetzt schon auf die folgenden Nummern.

THOMAS SCHMIDINGER
MÄRZ 2001

Zunächst möchte ich mich bei allen Redaktionsmitgliedern für den Vertrauensvorschuss in meine zukünftige Arbeit bedanken. In guter

Context XXI-Tradition möchte ich mich in Zukunft auch um einen weiteren Ausbau des Themenspektrums, insbesondere in Richtung Feminismus und Gendertheorie bemühen.

Wie so oft standen wir auch diesmal vor dem Problem, zuwenig Seiten für zu viele druckenswerte Texte zur Verfügung zu haben. Eine Reihe spannender Rezensionen können wir darum nur in unserer Internetausgabe veröffentlichen; Darunter ein von Thomas Schmidinger verfasster Text zu Wolf Gruners „Zwangsarbeit und Verfolgung“, welches sich dem verdrängten Kapitel jüdischer Zwangsarbeit in Österreich zwischen 1938 und 1945 widmet, Robert Foltins Rezension von „Empire“, dem neuesten Buch von Michael Hardt und Antonio Negri, und eine Auseinandersetzung mit Hardts und Negris „Die Arbeit des Dionysos“ von Stephan Grigat.

Das vorliegende Heft ist noch einmal dem Schwerpunkt Antisemitismus gewidmet. Thomas Schmidinger geht in einem längeren Beitrag der Frage nach, ob und in welcher Form Antisemitismus in der arabischen Welt an Bedeutung gewinnt. Peter Bierl setzt sich in einem ausführlichen – und in der Redaktion umstrittenen – Artikel kritisch mit der Schwundgeldtheorie Silvio Gesells und seinen Adepten in populären Tauschringen auseinander. Klaus Kindler und Stephan Grigat beschäftigen sich mit Antisemitismus innerhalb „der Linken“, und im kulturellen Feld geht Gerald Raunig der Frage nach Möglichkeiten der Interventionskunst – verstanden als Arbeit an den Mitteln der Produktion – nach.

Eine Aufforderung ergeht wie üblich an alle unsere LeserInnen: Lest und abonniert **Context XXI** – hört **Context XXI** bei eurem freien Radio – und findet die aktuelle Programmplanung, Artikel, Sendungen und vieles mehr auf <http://contextXXI.mediaweb.at>

STEFANIE MAYER
APRIL 2001

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: contextXXI@mediaweb.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung **Redaktion:** diE nOt, Manfred Gmeiner, Stephan Grigat, Heide Hammer, Markus Kemmerling, Robert Kogler, Marianne Kreutzer, Stefanie Mayer (koordinierende Redakteurin), Markus Pinter, Karl Reitter, Thomas Schmidinger, Alexander Schürmann-Emanuel (Herausgeber der Internet-Ausgabe), Jutta Sommerbauer, Markus Zingerle und Robert Zöchling (geschäftsführender Redakteur) sowie Markus Blümel und Eva Hruby (Radio-RedakteurInnen) **AutorInnen dieser**

Ausgabe: Peter Bierl, Klaus Kindler, Florian Markl und Gerald Raunig **Titelgraphik:** diE nOt **Layout:** Kemmerling Zöchling & Partner Medien- und Informationsdienste KEG, Schottengasse 3a, 1010 Wien, Telefon 533 14 27-0, Telefax 532 74 16 **Hersteller:** Resch & Vana, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Offenlegung:** Der Medieninhaber ist zu 100% Eigentümer, von sonst nichts und sonst niemand; Leitungsorgan ist die Redaktion; grundlegende Richtung: Kritik, insbesondere Gewalt- und Herrschaftskritik **Abo:** 250,- ATS/Jahr; Förderabo: 700,- ATS/Jahr; Ausland: 350,- ATS/Jahr, Übersee: 450,- ATS/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten **Mitgliedschaft ARGE WDV:** 500,- ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS (inkl. Abo **Context XXI**) **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://contextXXI.mediaweb.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint am 25. Juni

Großeltern der Interventionskunst oder Intervention in die Form

Rewriting Walter Benjamins „Der Autor als Produzent“

Sicherlich erinnern Sie sich nicht mehr daran, wie Plato im Entwurf seines Staates als vollendetes Gemeinwesen mit der Kunst verfährt. Er versagt ihr im Interesse des Gemeinwesens den Aufenthalt darin. Er hatte einen hohen Begriff von der Macht der Kunst. Aber er hielt sie für schädlich.

VON GERALD RAUNIG*

Daß Sie sich nicht mehr an Plato erinnern, macht gar nichts. Es gibt gerade in den Praxen partizipativer, aktivistischer, interventionistischer Kunst haufenweise Fälle, die Plato bestätigen, indem sie die Kulturalisierung und Ästhetisierung, damit Kaschierung von politischen Ungleichheiten betreiben und in ihrer Fürsorge für „wirkliche Menschen, wirkliche Neighbourhoods“ laufend das „Anderere“ erst konstruieren. Ein beträchtlicher Teil der Kunstproduktion hat sich Anfang der 90er Jahre, nicht zuletzt unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen, wie durch die Einbrüche des Kunstmarkts im besonderen, dem Trend der Community Art zugewandt. Vielen der daraus entstandenen, sich selbst als „politisch“ verstehenden Projekte mangelte es in hohem Maß an der Reflexion der eigenen Arbeit, während sie vollmundig überschrittene Grenzen und die Kunst als soziales Heilmittel propagierten. Zum exemplarischen Vorzeigeprojekt wie zum paradigmatischen Punching Ball wurde in dieser Hinsicht für die USA Mary Jane Jacobs „Sculpture Chicago – Culture in Action“ (1992/93) erhoben, in Österreich fungierten in diesem Zusammenhang vor allem die Arbeiten von Christine und Irene Hohenbüchler in ähnlicher Weise.

Und geschrieben steht darüber auch einiges: Bei den gestrengen KritikerInnen und TheoretikerInnen des Interventionismus und Aktivismus, Marchart, Rolig, Kravagna, Höller, Kwon, Babias und anderen. Aber auch schon viel früher und sehr grundlegend in Benjamins beiden kleinen Kunstausätzen, besonders im 1934 als Vortrag im Pariser „Institut zum Studium des Faschismus“ gehaltenen „Autor als Produzent“. Darin argumentiert Benjamin unter Anführung von Döblin, Heinrich Mann, dem Aktivismus-Theoretiker Hiller oder den ästhetisierenden Produkten der Neuen Sachlichkeit, daß ein erheblicher Teil der sogenannten linken Literatur gar keine andere gesellschaftliche Funktion besaß, als der politischen Situation immer neue Effekte zur Unterhaltung des Publikums abzugewinnen. Eine Tradition, deren Aufgreifen übrigens im Kunstfeld des heutigen Österreichs eine exponentielle Steigerung von revolutionären Tönen hervorbrachte: Intendanten, Kunsthallenchefs, Kuratoren, die nach dem Sturm der Erregung über die Installation der rechtsrechten Regierung im Februar 2000 schnell verstummt sind, nun ihr business as usual betreiben und Mitgliedern der Regierung, gegen die sie eben noch fun-

damental protestiert hatten, ihre Institutionen zu repräsentativen Auftritten öffnen.

Wie steht's aber umgekehrt mit der positiven Aufladung des Politischen in der Kunst, mit den Erfolgen einer politisierten Kunst, mit effektiven Praxen der Intervention? Walter Benjamins Pariser Auftritt in der Höhle des Löwen, an einem volksfrontnahen Institut, in dem ästhetische Qualität dem Inhalt streng untergeordnet war, ist – paradoxerweise, so scheint es – ganz gegen die krude Utilitarisierung der Kunst, gegen reine Tendenzkunst gerichtet. Und gegen jede inhaltistische Instrumentalisierung der Kunst für die „richtige Politik“ jenseits von Überlegungen über Technik, Qualität und Form. Die Tendenz, der Inhalt kann nur stimmen, wenn auch die Form stimmig ist. Die inhaltlich richtige Tendenz muß eine formale Tendenz einschließen.

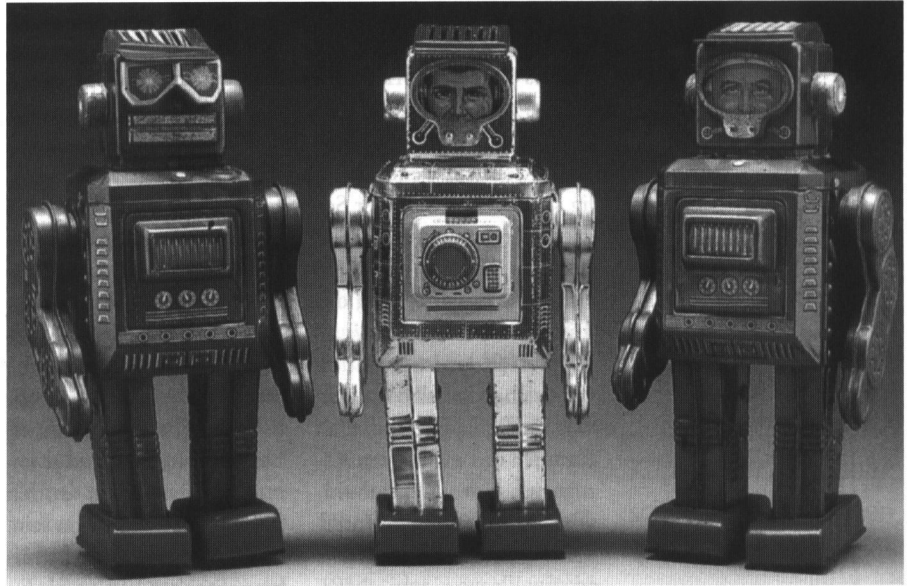
Diesem dialektischen Muster Benjamins folgend meine ich, daß gerade für produktive Spielarten von mikropolitischen Reformismus dem großen inhaltlichen Entwurf, der ins Vage geht und die Subjekte, sowohl die KünstlerInnen als auch ihre „Objekte“ in den Communities, in den Vordergrund stellt, diesem großen Entwurf also, die Intervention in die Form, die Veränderung der Strukturen vorzuziehen ist.

*) Gerald Raunig ist Philosoph, Kunsttheoretiker und Kulturarbeiter. Er ist Vorstandsmitglied der IG Kultur Österreich und koordinierender Redakteur der „Kulturrisse“, lebt in Wien.

Dazu ist im Sinne einer materialistischen Kritik vorab weniger zu fragen, wie ein Projekt *zu* den Produktionsverhältnissen steht, sondern wie es *in* ihnen steht. Was uns zu den von Benjamin beschriebenen Großeltern der Intervention bringt und dort vor allem zu einem, der in der Sowjetunion der späten 20er Jahre immer radikaler seine Kunstproduktion in konkrete mikropolitische Interventionen transformiert hat:

Sergej Tretjakow unterscheidet den operierenden Schriftsteller vom informierenden. Seine Mission ist nicht zu berichten, sondern zu kämpfen; nicht den Zuschauer zu spielen, sondern aktiv einzugreifen. Er bestimmt sie, die Mission, durch die Angaben, die er über seine Tätigkeit macht: Als 1928, in der Epoche der totalen Kollektivierung der Landwirtschaft, die Parole: „Schriftsteller in die Kolchose!“ ausgegeben wurde, fuhr Tretjakow nach der Kommune „Kommunistischer Leuchtturm“ und nahm dort während zweier längerer Aufenthalte folgende Arbeiten in Angriff: Einberufung von Massenmeetings; Sammlung von Geldern für die Anzahlung auf Traktoren; Überredung von Einzelbauern zum Eintritt in die Kolchose; Inspektion von Lesesälen; Schaffung von Wanderzeitungen und Leitung der Kolchos-Zeitung; Berichterstattung an Moskauer Zeitungen; Einführung von Radio und Wanderkinos usw.

Hinter diesem auf den ersten Blick skurril anmutenden Sammelsurium an Tätigkeiten steht das Konzept einer radikalen Verschiebung der Positionen sowohl der Kunstproduktion als auch der Kunstrezeption. Auf der Sei-



te der ProduzentInnen vollzieht sich eine neue Variante der Politisierung von Kunst durch die Erweiterung der künstlerischen Kompetenz, der Entwicklung neuer Formen zur Entwicklung von mikropolitischen Organisationsformen. Nicht in der zum Klischee verkommenen Widerständigkeit des autonomen Kunstwerks, aber auch nicht in der plumpen Tendenz des revolutionären Sujets, sondern in der Übersetzung der formalen Fähigkeiten der KünstlerInnen vom Kunstwerk auf die Organisationsformen der Gesellschaft liegt demnach die politische Bedeutung der Kunst. Der operierende Schriftsteller hat dabei die Aufgabe, produktive Ausgangsbedingungen herzustellen, Anstöße zu geben, Strukturen zu hinterfragen. „Tendenz“ erwächst dabei nicht aus der subjektiven Proklamation eines Besserwissens, sie wird in den Erfahrungen der sich durch die „Literarisierung aller Lebensverhältnisse“ verändernden Wirklichkeit selbst erlebt.

Und an dieser Stelle bewegt sich das Argument Tretjakovs von der Funktion der ProduzentInnen auf die an-

dere Seite, wo eine möglichst lawinenartige Metamorphose von KonsumentInnen in ProduzentInnen ausgelöst werden soll:

„Jeder Mensch kann und soll [...] in jedes von ihm produzierte Ding jenes Maximum an Genauigkeit, klarer Kontur und Zweckmäßigkeit einbringen, das bis heute nur die sich in dieser Sache hingebenden Spezialisten besessen haben, die Formsucher, die Arbeiter der Kunst. [...] Die Freude der Verwandlung des Rohmaterials in eine bestimmte gesellschaftlich nützliche Form, verbunden mit dem Können und dem intensiven Suchen nach der zweckmäßigsten Form – das ist es, was die Losung ‘Kunst für alle’ beinhalten sollte. Jeder soll ein Künstler sein, ein vollendeter Meister in der Sache, die er im gegebenen Moment tut.“

Besonders die letzten Punkte der Aufzählung von Tretjakovs Arbeitsfeldern in der Kolchose verweisen auf die Bedeutung der Medien Zeitung, Radio und Film für seine Konzeption einer Kunst für alle: Von der Liquidierung des Analphabetentums

... Statt einer Arbeit an Produkten muß sie die Arbeit an den Mitteln der Produktion sein ...

über die Wandzeitung bis zur Wandlung des einfachen Arbeiters in den Korrespondenten der Pravda, das war das Konzept, das Walter Benjamin wohl ein wenig voreilig schließen ließ, in der Sowjetunion komme die Arbeit selbst zu Wort.

In der Beschreibung des Tätigkeitsfelds Tretjakows als Großvater der Intervention zeigt sich jedenfalls deutlich, was für Benjamin und auch für mich die wichtigsten Kategorien einer nichtinhaltlich verstandenen Interventionskunst sind:

1 „Was tun? Interventionskunst und Aktivismus“ am 9.12.2000 im depot im Museumsquartier Wien

Literatur

- Marius Babias (Hg.), *Im Zentrum der Peripherie. Kunstvermittlung und Vermittlungskunst in den 90er Jahren*, Verlag der Kunst, Dresden/Basel 1995
- Marius Babias, Achim Könneke (Hg.), *Die Kunst des Öffentlichen. Projekte/Ideen/Stadtplanungsprozesse im politischen/sozialen/öffentlichen Raum*, Verlag der Kunst, Dresden 1998
- Walter Benjamin, *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit*, Suhrkamp, Frankfurt/Main 1963
- Walter Benjamin, *Der Autor als Produzent*, in: ders., *Aufsätze, Essays, Vorträge (= Gesammelte Schriften, Band II 2)*, Suhrkamp, Frankfurt/Main 1991, S. 690-701
- Christian Höller, *Fortbestand durch Auflösung. Aussichten interventionistischer Kunst*, in: *Texte zur Kunst*, Nr. 20/1995, S. 109-117
- Christian Kravagna, *Arbeit an der Gemeinschaft. Modelle partizipatorischer Praxis*, in: Babias/Könneke (Hg.), *Die Kunst des Öffentlichen*, S. 28-47
- Miwon Kwon, *Im Interesse der Öffentlichkeit*, in: *springer II/4*, S. 30-35
- Oliver Marchart, *Von Proletkult zu Kunstkult oder Was Sie schon immer über kulturelle Hegemonie wissen wollten, aber in „Texte zur Kunst“ nicht finden konnten*, in: Gerald Raunig (Hg.), *Kunsteingriffe. Möglichkeiten politischer Kulturarbeit*, IG Kultur Österreich: Wien 1998, S. 120-127
- Gerald Raunig, *Charon. Eine Ästhetik der Grenzüberschreitung*, Passagen: Wien 1999
- Gerald Raunig, *Wien Feber Null. Eine Ästhetik des Widerstands*, Turia+Kant: Wien 2000
- Stella Rolig, *Das wahre Leben. Projektorientierte Kunst in den neunziger Jahren*, in: Babias/Könneke (Hg.), *Die Kunst des Öffentlichen*, S. 12-27
- Sergej Tretjakov, *Die Arbeit des Schriftstellers. Aufsätze, Reportagen, Porträts*, Rowohlt: Reinbek/Hamburg 1972

Die Tätigkeit der InterventionistInnen liegt erstens eindeutig im Präproduktiven, also neben und vor allem vor dem Werkcharakter. Das bedingt ein weitgehendes Ausfallen der Ausstellbarkeit von Produkten, des Zirkulierens im Kunstmarkt, der Notwendigkeit von Vermittlung.

Sie hat zweitens mit Eingriffen in die Form, in die Strukturen eines mikropolitischen Felds zu tun. Statt einer Arbeit an Produkten muß sie die Arbeit an den Mitteln der Produktion sein.

Drittens ist über die mikropolitischen Effekte hinaus der Modellcharakter maßgeblich, der anderen ProduzentInnen einen verbesserten Apparat zur Verfügung stellt, sie zur Produktion anzuleiten vermag.

„Was tun“ ist nicht nur der Name der Konferenz, anlässlich derer dieser Text entstand¹, auch nicht nur einfach der Titel eines Aufsatzes von Lenin, es ist auch – wie Walter Benjamin erwähnt – eine Frage, die sich Alfred Döblin 1931 in „Wissen und Verändern!“ gestellt hat. Döblins präkommunitaristischer Ansatz läuft im Wesentlichen auf einen Appell nach „Menschlichkeit“, „Toleranz“, „friedlicher Gesinnung“ und „Zusammenschluß der Menschen“ hinaus. Er begeht dabei in Überschätzung der eigenen – depolitisierenden – Funktion als „Geistiger“, „neben dem Proletariat“ und in Ermangelung einer Reflexion der eigenen Position im Produktionsprozeß denselben Fehler wie die aktuelle Identitätspolitische Tradition, die sich der Hilfe für und Unterstützung von „benachteiligten Gesellschaftsgruppen“ und dem empowerment von Communities widmet. In diesen verunglückten Exempla-

ren der Community Art ist es gelungen, auch noch das Elend, die Ungleichheiten, indem sie auf modische Weise dargestellt werden, auszustellen, zum Gegenstand des Genusses, des Konsums zu machen, also den von Brecht formulierten Kardinalfehler noch zu übertreiben, einen Produktionsapparat zu beliefern, ohne ihn zu verändern. Während der Zielgruppe, Community oder Neighbourhood durch den Prozeß des othering eine begrenzte Identität vorgeschrieben wird, halten die beteiligten KünstlerInnen ihre phantasmatische Stellung als flexible, alles überblickende UniversalistInnen. Frei nach Benjamin geantwortet: Wenn Intellektuelle oder KünstlerInnen ihren Ort *neben* dem Proletariat suchen, befinden sie sich schon über ihm. Denn was ist das für ein Ort? Der eines Gönners, eines ideologischen Mäzens. Ein unmöglicher.

Wenn also im künstlerisch-wissenschaftlichen Feld gefragt wird, was zu tun sei, ist jedenfalls vorauszusetzen, daß eine wie auch immer geartete Solidarität des/der spezifischen (als einzig modellhaft möglichem) Intellektuellen mit „dem“ Proletariat immer eine vermittelte bleiben wird. In der Nachfolge von Tretjakow und Co. wird es daher sinnvoll sein, sich nicht auf die Verbesserung der Menschen zu konzentrieren, sondern auf die Veränderung der Strukturen, die Ungleichheiten produzieren. Als Update der Brecht-Benjaminischen Forderung, den Produktionsapparat nicht zu beliefern, ohne ihn zu verändern, muß es nun heißen, den Produktionsapparat nicht zu beliefern, *sondern* ihn zu verändern.

„Schaffendes“ und „raffendes“ Kapital

Die Tauschringe, die Lehre des Silvio Gesell und der Antisemitismus

Im Kern versprechen sie ihren Anhängern materielle und ideelle Privilegien auf Kosten anderer, als minderwertig definierter Menschen. Die sogenannten Tauschringe, die auf der Lehre des Sozialdarwinisten Silvio Gesell basieren, bilden eine dieser Bewegungen.

Die Idee, Güter und Dienstleistungen untereinander auszutauschen, stammt ursprünglich aus der Arbeiterbewegung. Die Gesellianer-Tauschringe funktionieren anders. Hier geht es nicht um Solidarität und gegenseitige Hilfe, sondern um eine primitive Form des Kapitalismus. Dienstleistungen oder, selten, Waren werden mit Hilfe einer lokalen oder regionalen Phantasiewährung verrechnet. Eine Zentrale vermittelt Angebot und Nachfrage. Maßeinheit für den Preis ist in der Regel die Zeit, wobei theoretisch jede Arbeitsstunde gleichviel wert sein soll. In der Praxis wird gelegentlich davon abgewichen und Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Die Beträge werden auf speziellen Konten der Tauschringe für jede Teilnehmerin und jeden Teilnehmer als Soll oder Haben gebucht. Gemäß der zentralen Idee Gesells, daß Geld ausgegeben und nicht gehortet werden soll, werden nicht nur Zinsen für Schulden genommen, sondern auch Strafzinsen für Guthaben. Wer mitmachen will, zahlt eine Gebühr in harten Devisen

um die Tauschringzentrale zu finanzieren, die als Anlauf- und Vermittlungsstelle fungiert, Presse- und Außenkontakte wahrnimmt, Versammlungen organisiert, die TeilnehmerInnen-Daten verwaltet und oft auch eine „Marktzeitung“ erstellt. Das „Talente-Experiment“ im schweizerischen Aarau, das seit 1993 existiert, wird direkt von der Gesellianer-Organisation „Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung“ (INWO) geleitet. Grundsätzlich werden für die erbrachten Arbeiten oder Güter keine Sozialversicherungsbeiträge oder Steuern abgeführt.

In Österreich gibt es knapp 40 Gesellianer-Tauschringe, die meisten in den Städten, fünf davon in Wien. Die für ideologische Arbeit wichtigste Gruppe in Österreich ist die nationale Sektion der INWO, die im Sommer 1999 in Wien einen Kongress mit internationaler Beteiligung organisierte. Dort referierten auch die deutschen Gesell-Propagandisten Helmut Creutz und Roland Geitmann sowie die ehemalige linke Feministin Claudia von Werlhof, die heute esoterische Matriarchatsthemen verbreitet. Eine „Volkstanzgruppe“ aus Ungarn sorgte für das Kulturprogramm des Wiener INWO-Kongresses.

Die von den Tauschringen häufige verwendete Abkürzung LETS steht für Local Exchange Trading System oder auch Local Employ-

ment and Trading System und verweist auf die erste moderne Gruppe, die 1993 in Kanada gegründet wurde. Heute gibt es LETS in USA, Neuseeland, Argentinien, Australien und in Europa. Hochburg ist derzeit die Schweiz. Dort existiert seit 1934 der gesellianische „Wirtschaftsring“ (WIR) mit heute rund 80.000 Konten. In Deutschland wurde bereits 1929 in Erfurt die „Wära-Tauschgesellschaft“ mit einer eigenen Währung gegründet, aber von der Regierung verboten. Seit 1994 existieren in Deutschland LETS-Gruppen, derzeit sind es etwa 150 Tauschringe.

Britische LETS-Leute berechneten Mitte der 90er Jahre, daß in den dortigen Ringen durchschnittlich im Monat je TeilnehmerIn nur 40 Mark umgesetzt wurden. Das LETS/Talente-System ist entweder eine Spielerei oder eine Form der Schattenwirtschaft oder ein vom Staat gefördertes Instrument, um Marginalisierte ruhigzustellen, indem sie ihre Existenz in einer bescheidenen Tauschwirtschaft fristen können. Insofern hat LETS durchaus Perspektiven bei fortschreitender Verelendung und sozialer Demontage.

LETS funktioniert nach kapitalistischen Mechanismen. Wer keine Dienstleistungen oder Güter einbringen kann, etwa Kranke, Behinderte und Alte, ist prinzipiell ausgeschlossen. Die Strafzinsen verhindern eine Vorsorge in

Marx ist out, der Kapitalismus hat sich – vorerst – weltweit durchgesetzt. In den Köpfen der Menschen scheint es keine Alternative zu geben. Statt dessen haben Obskuranten, Rassisten und Antisemiten, Nationalisten und Regionalisten, Esoteriker und Biozentristen Zulauf.

VON PETER BIERL*

*) Peter Bierl ist Mitglied der Ökologischen Linken und Co-Autor des Buches „Ganzheitlich und ohne Sorgen in die Republik von morgen“ mit Beiträgen u.a. von Thomas Ebermann und Colin Goldner zu Antisemitismus, Irrationalismus und Esoterik, das im April 2001 im Alibri-Verlag erscheint.

Form von Ersparnissen. Sie sind eine Vorwegnahme der Schwundgeld-Utopie, mit deren Hilfe Gesell die begrenzte Nachfrage als Fessel einer unbegrenzten Produktion überwinden wollte.

Faschisten im Tauschring Stade

1997 berichtete die Presse über braune Aktivitäten des Ehepaars Alfred und Sigrid Beyer im „Tauschring Oste Talente“ (TOSTA) bei Stade in Niedersachsen. Alfred Beyer hatte eine erwerbslose Frau gebeten, zwei Buttons für die Deutschland-Bewegung Alfred Mechtersheimers zu entwerfen. Von einem anderen Talente-Kollegen ließ sich Beyer zu einem Treffen des neuheidnischen Bundes der Goden chauffieren. In der TOSTA-Marktzeitung warb Beyer, der den örtlichen Ring mitgegründet hatte, für ein Buch über Nietzsche mit dem Titel „Neues Licht über Zarathustra“. Das Werk enthält frauenfeindliche und rassistische Positionen; es stammt von einem ehemaligen Mitglied der Waffen-SS und wird von der faschistischen Tempelhofgesellschaft herausgegeben. Beyer fungierte als regionale Kontaktperson der Deutschland-Bewegung und trat sowohl bei Mechtersheimers brauner Truppe als auch bei den sogenannten „Hetendorfer Tagungen“ als Referent auf. Das Nazi-Schulungszentrum Hetendorf wurde im

Februar 1998 vom niedersächsischen Innenministerium geschlossen und die beiden Trägervereine, deren Vorsitzender Nazianwalt Jürgen Rieger war, verboten. TOSTA-Sprecherin Sigrid Beyer war jahrelang in der ebenfalls von Rieger geführten Artgemeinschaft aktiv. Ihr wird außerdem vorgeworfen, den Holocaust in Frage zu stellen. Die Beyers vertrieben darüberhinaus allerlei esoterische Literatur.¹

Zwar wurden die FaschistenInnen von anderen TOSTA-Mitgliedern verteidigt, unter anderem auch vom TOSTA-Sprecher und ehemaligen Kreisvorsitzenden der Cuxhavener Grünen, Uwe Groß. Aufgrund der überregionalen Berichterstattung distanzierte sich aber eine TOSTA-Mitgliederversammlung von den Vorfällen. In der Erklärung ist immerhin „von den rechtsextremen Thesen des Silvio Gesell“ die Rede und TOSTA verzichtete auf das bisherige Runensymbol im Logo. Der Kreis löste sich schließlich völlig auf.

Bemerkenswert ist der Eiertanz um Silvio Gesell. Jeder der im Tauschring aktiv war, müsse wissen, heißt es in einer Stellungnahme, „daß wir nicht die Ideen des Silvio Gesell vertreten“. Dabei haben TOSTA-Leute, wie andere Tauschringe auch, Veranstaltungen mit prominenten Gesellianern wie Hermann Benjes organisiert. Benjes ist Mit-

glied der deutschen Gesellianer-Partei Freisoziale Union (FSU) und im wissenschaftlichen Beirat der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), einer Rechtsabspaltung der Grünen. Sein Diavortrag ist eine einzige Lobhudelei auf Gesell und endet mit einem Holzschnitt, der den großen Meister darstellt.

Die Wirtschaftstheorie des Silvio Gesell

Daß sich Leute gegenseitig helfen, etwa Haareschneiden gegen Babysitten tauschen, ist ja nicht schlecht. Worum es hier geht, sind Tauschringe, die sich auf Gesell beziehen und/oder gemäß den Prinzipien seines Schwundgeldes funktionieren. Die personelle Verflechtung wird deutlich, wenn ein Tauschring für Gesell-Propagandisten wie Helmut Creutz oder Benjes die Bühne bereitet oder die OrganisatorInnen in einschlägigen Blättern wie der FSU-Zeitschrift „Der Dritte Weg“ auftauchen oder sich sogar als AktivistInnen von offenen Gesellianer-Gruppen wie den „Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung“ (CGW) outen.

Der Mentor der Tauschringe, Silvio Gesell, wurde 1862 in St. Vith (Belgien) geboren, absolvierte eine kaufmännische Lehre in Malaga und lebte abwechselnd in Argentinien, der Schweiz und Deutschland. Er arbeitete als Kaufmann und bewirtschaftete in der Schweiz ein Landgut. 1891 erschien eine erste Schrift des Autodidakten („Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat“), in der er erstmals die „Idee des rostenden Geldes“ formulierte. Im Ersten Weltkrieg erwog Gesell als Freiwilliger ins deutsche Heer einzutreten, zog sich

dann aber auf sein Schweizer Landgut zurück.²

In seinem Hauptwerk „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ (1911) versuchte Gesell, Marx zu widerlegen, der die Ausbeutung des Menschen im Produktionsprozeß analysierte. Marx zufolge stellen die Arbeiter Produkte her, deren Wert höher ist, als der Lohn den sie ausbezahlt bekommen. Der Lohn entspricht etwa dem Wert der Güter und Dienstleistungen, die notwendig sind, um die menschliche Arbeitskraft zu erhalten. Die Differenz zwischen Lohn und dem Wert der hergestellten Produkte ist der berühmte Mehrwert, den das Kapital einbehält. Soweit in aller Kürze und Schlichtheit. Bei Gesell bedeutet Mehrwert dagegen nur Zinsen und Renten. Er stellt sich ausdrücklich in die Tradition von Pierre-Joseph Proudhon (1809-65), einem französischen Anarchisten. Der habe schon behauptet, das Problem liege in der Zirkulation, knappes Geld lähme Produktion und Austausch. Schuld sind die Geldbesitzer, die dieses Tauschmittel horten, um Zinsen zu kassieren.³ Gesells Definition von Arbeiter lautet deshalb: „...jeder, der vom Ertrag seiner Arbeit lebt, Bauern, Handwerker, Lohnarbeiter, Künstler, Geistliche, Soldaten, Offiziere, Könige sind Arbeiter in unserem Sinne. Einen Gegensatz zu all diesen Arbeitern bilden in unserer Volkswirtschaft einzig und allein die Rentner, denn ihr Einkommen fließt ihnen völlig unabhängig von jeder Arbeit zu.“⁴ Mit Rentner sind hier Personen gemeint, die von Kapitalzinsen leben. Gesell fordert das Recht aller Arbeiter (gemeint sind also Kapitalisten und

1 vgl. *Stader Wochenblatt*, 30.8.97, 10.9.97, 17.9.97, *Stader Tageblatt*, 8.11.97, 10.11.97, *Niederelbe-Zeitung*, 8.11.97 und 11.11.97, *Der Spiegel*, Nr.46/1997

2 vgl. Siegbert Wolf, *Silvio Gesell. Eine Einführung in Leben und Werk eines bedeutenden Sozialreformers*, Hannoversch Münden, 1983

3 vgl. Silvio Gesell, *Die natürliche Wirtschaftsordnung*, 4. überarbeitete Auflage, *Gesammelte Werke*, Bd.20, Lütjenburg, 1991, S.3 ff.

4 zit. ebd., S.10

Lohnabhängige) am „gemeinsamen vollen Arbeitsertrag“, also ohne Abzug von Zinsen oder Renten.

Ausdrücklich geht es dem Kaufmann nicht um die Verteilung zwischen Kapital und Lohnabhängigen: Durch den Wegfall der Zinsen und Renten würden sich alle Einkommen erhöhen, verteilt wird „nach den Gesetzen des Wettbewerbs“ gemäß dem Prinzip: „Dem Tüchtigsten der höchste Arbeitsertrag.“⁵

Die Utopie der Gesellianer, eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, basiert auf drei Säulen: Freiland, Freihandel und Freigeld. Das Privateigentum an Boden soll in einem ersten Schritt vollkommen abgeschafft werden. Gesell erklärt, dass dann staatliche Grenzen abgebaut und der allgemeine Frieden gesichert wäre, weil Staaten nicht mehr um Territorien kämpfen würden. Unabhängig von „der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung“, habe jeder dann das Recht auf völlige Freizügigkeit und dürfe überall soviel Boden pachten, wie er bebauen könne.⁶ Dieses Recht ist allerdings strikt bürgerlich-formal: Verpachtet wird an den Meistbietenden.⁷ Silvio Gesell unterstellt, daß sich das Freiland-Prinzip dank seiner ökonomischen Vorzüge weltweit ausbreiten wird. Staaten, die sich weigern und weiter Monopolgewinne ermöglichen, würden, so schreibt er, „die Arbeitsscheuen der ganzen Welt ins Land ziehen... Alle Bummel, Sonnenbrüder und Zigeuner würden dorthin ziehen, wo man die Bodenschätze an das Ausland mit Renten belastet abgibt.“⁸

Der Arbeitsertrag aus dem Freiland fungiert als „Höchst- und Mindestmaß des alle-

meinen Arbeitslohnes“. Sinkt der angebotene Lohn unter diesen Ertrag, mutieren die Proleten einfach zu Pachtbauern, mehr Lohn als die Bauern können und sollen die Arbeiter nicht bekommen. Klassenkampf und Streik lehnt Gesell strikt ab. Freiland ist damit die „einzige Stütze bei Lohnverhandlungen“, eine Ausweichmöglichkeit für weiße, europäische Proletarier im Sinne von Auswanderung. Das „freie Land“, das Gesell meint, ist angeblich „herrenloses“ Land im Trikont.⁹ In diesem Zusammenhang kritisiert er auch die Abschottung der USA gegen den Handel mit Europa und Einwanderung aus Italien oder Asien: Wegen „dieser amerikanischen Rassenpolitik (könnten)“, kritisiert Gesell „die Neger eines Tages die Oberhand gewinnen.“¹⁰ Implizit vertrat Gesell ein kolonialistisches Expansionsprogramm, er qualifizierte Afrikaner ab und predigte ein Arbeitsethos, sozialrassistisch abgegrenzt gegen „Arbeits-scheue“ und „Zigeuner“.

Freiland allein ist laut Gesell kein Mittel gegen Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit.¹¹ Das Problem liege im Austausch der Waren. Weil dieser durch Geld vermittelt wird, existiere eine „Zwangsnachfrage nach Geld“.¹² Den Umfang dieser Nachfrage nach Geld bestimme der Warenstrom, gemeint sind Konsumgüter.¹³ Letztlich setzt Gesell den Preis des Geldes sowohl mit dem Wert der Arbeitserzeugnisse als auch mit dem Lohn plus Zins und Bodenrente gleich und eliminiert theoretisch die Ausbeutung in der Produktion.¹⁴ Nur beim Austausch von Waren kommt es zur Ausbeutung, jeder betrügt jeden.¹⁵ Dann

würde entweder Ausbeutung nicht existieren, weil jeder Betrüger und Betrogen ist, oder Gesell denkt an eine Konzentration von Reichtum bei den schlaun Betrügern und eine Verarmung der dummen Betrogenen, ein Ausleseprozeß aufgrund angeborener oder erlernter Fähigkeiten?

Die oben skizzierte Marx-sche Werttheorie, die Ausbeutung im Produktionsprozeß festmacht, lehnt Gesell jedenfalls ab.¹⁶ Nur so kann er die Ausbeutung in der Zirkulation verankern und für fairen Wettbewerb plädieren. Gesells Ideen reflektieren die Ängste und Illusionen eines Kleinbürgers. Ein Beispiel: Angenommen Produzent A und Produzent B stellen bei gleichen Ausgaben für den Lebensunterhalt in der selben Zeit 10 bzw. 100 Stück einer Ware her. Gesell selber wird ja nicht müde die Vorzüge der Arbeitsteilung – Produktionssteigerung oder weniger Arbeitszeit pro Produkteinheit – zu preisen. Trotz des höheren Materialaufwandes und Verschleißes an Werkzeug kann B seine Produkte billiger verkaufen, A. bleibt auf seinen Waren sitzen oder verkauft unter seinen Produktionskosten. Höhere Arbeitsproduktivität setzt sich unter Konkurrenzbedingungen durch, weil sie weniger

menschliche Arbeitskraft je Wareneinheit bedeutet. Insofern reguliert der Wert der Waren „in letzter Instanz“ die Preise, was nicht bedeutet, der Wert, d.h. die Arbeitszeit diktiert immer den Preis, sondern dieser schwankt. Der Wert setzt sich als „blindwütiges Durchschnittsgesetz“ durch, schrieb Marx.¹⁷

Zinsen und „Schwundgeld“

Wirtschaftskrisen entstehen nach der Gesellschen Theorie weil Geld gehortet und damit Zins erpresst, also arbeitsloses Einkommen erzielt werden kann. Die gute Marktwirtschaft verwandelt sich zum ausbeuterischen Kapitalismus, der Gegensatz verläuft zwischen den „Schaffern“, Arbeitern und Unternehmern, und den Raffern, den „parasitären“ Kapitalisten. Ein Ansatz, der das antisemitische Stereotyp vom jüdischen Wucherer befördert. Kapitalismus wird von den Gesellianern als Zinswirtschaft definiert. Bei nachlassender Konjunktur sinken die Gewinne, der Zinssatz aber laut Gesell nur bis zum „Urzins“, das heißt nicht unter 2,5 Prozent. Sonst horten die Geldbesitzer lieber und bringen dadurch die zirkulierende Geldmenge und das Warenangebot in ein Ungleichgewicht. Möglich wird das Horten, weil Geld nicht

5 zit. ebd., S.10 f.

6 vgl. ebd., S.72, S.99

7 vgl. ebd., S.72

8 zit. ebd., S.70

9 vgl. ebd., S.41 f.

10 zit. ebd., S.63

11 vgl. ebd., S.106 f.

12 vgl. ebd., S.119

13 vgl. ebd., S.172

14 vgl. ebd., S.162

15 vgl. ebd., S.130

16 vgl. ebd., S.111, S.122 f., S.124

17 vgl. Karl Marx, *Das Kapital*, Bd.1, MEW 23, S.117

verfault, wie er glaubt. 1891 formuliert Gesell deshalb bereits die Idee des „rostenden Geldes“, später Frei- oder Schwundgeld genannt. Gemeint ist, daß auch Geld in bestimmten Zeiträumen an Wert verliert, ebenso wie Waren und deshalb ausgegeben bzw. investiert werden muß.¹⁸

Die gesamte obskure Lehre fußt auf der falschen Annahme, daß Geld nicht „rostet“ oder „verfault“. Tatsächlich kann Geld durchaus an Wert verlieren, durch Inflation, durch Wechselkurschwankungen, im Gefolge ökonomischer und politischer Entwicklungen. In Deutschland wurde das Geld 1923 und 1948 völlig entwertet: Die Besitzer von Produktionsmitteln, von Fabriken, Boden, Maschinen oder Rohstoffen, profitierten.

Moderne Gesellianer wie Klaus Schmitt und Margrit Kennedy beziehen den Wertschwund nur auf konkretes Bargeld.¹⁹ Immer noch, schreibt Kennedy, werde Geld gehortet, von Privatleuten „unter der Matratze“, oder

nach Einbrüchen und Diebstählen, oder als Geldbestände in ausländischen Währungen.²⁰ Ein lächerlicher Ansatz: Der Gesell-Kritiker Jürgen Kaun schreibt, daß gerade acht Prozent des gesamten zinstragenden Geldvermögens der privaten Haushalte (!) Tauschgeld ist, das eine von Gesellianern vorgeschlagene Hortungssteuer betrifft.²¹ Auch bei Experimenten mit dem Schwundgeld, etwa dem Paradebeispiel der Gesellianer in dem österreichischen Dorf Wörgl 1932, tauschten die BürgerInnen ihr Bargeld gegen neues Schwundgeld um. Diese neue Währung verlor jeden Monat ein Prozent ihres Wertes. Die Gemeinde hatte dadurch 2.000 Schilling Gewinn im Monat, konnte Schulden abzahlen und die Infrastruktur ausbauen. Weder die Bankguthaben der Reichen, noch deren Sachwerte wurden angegangen, sondern die Bargeldbestände aller BürgerInnen. Schwundgeld ist also nichts anderes als eine verkappte nichtprogressive Steuer.²²

Krisen erklärt Schmitt folgendermaßen: Aufgrund eines hohen Angebots purzeln unter Konkurrenzbedingungen Gewinne und Zinsen.²³ Wenn in einer solchen Lage alle Sparstrümpfe und Raffzähne auf Zinsen verzichten und investieren, steigt das Angebot weiter, zumindest wachsen die Kapazitäten. Das steht im Gegensatz zu den Behauptungen von Schmitt oder Kennedy, ohne „Zinsknechtschaft“ lebten wir in einem ökologischen Paradies, ohne „pathologischen Wachstumszwang“ (Kennedy).²⁴ Investiert wird, wenn Profite winken, niedrige Zinsen könnten sogar noch einen Wachstumsschub bewirken. Gesell selber, schreibt sein österreichischer Schüler Gerhard Senft, sah den Zins als Wachstumsbremse, die er beseitigen wollte.²⁵ Jürgen Kaun kritisiert die Freiwirtschaft, weil sie „einen kräftigen Wachstumsschub mit vermehrten Umweltschäden“ bewirken würde. „Zinslose Investitionsdarlehen würden... extrem kapitalintensive Großtechnologien verhältnismäßig am stärksten verbilligen“, also Atomkraft, Atomfusion, Luft- und Raumfahrt, Gentechnik.²⁶

Rassenhygiene mit Freigeld und Freiland

Freiland, Freihandel und Freigeld bilden laut Gesell die Elemente einer „natürlichen Wirtschaftsordnung“. Er rühmt diese als „eine Ordnung, in der die Menschen den Wettstreit mit der ihnen von der Natur verliehenen Ausrüstung auf vollkommener Ebene auszufechten haben, wo darum dem Tüchtigsten die Führung zufällt, wo jedes Vorrecht aufgehoben ist und der Einzelne, dem Eigennutz

folgend, geradeaus auf sein Ziel lossteuert, ohne sich in seiner Tatkraft durch Rücksichten ankränkeln zu lassen...“²⁷ Der Marx der Anarchisten entpuppt sich als Sozialdarwinist und Liberaler: „Diese natürliche Wirtschaftsordnung“, fährt Gesell fort, „könnte man auch als ‚Manchestertum‘ bezeichnen, jene Ordnung, die den wahrhaft freien Geistern immer als Ziel vorgeschwebt hat... Die Manchesterschule war auf dem richtigen Wege, und auch das, was man von Darwin her später in diese Lehre hineinrug, war richtig.“²⁸ Die Fehler des Manchesterkapitalismus, Privilegien des Grund- und Geldbesitzes zu akzeptieren, will Gesell korrigieren, um das eigentliche Ziel, die Höherzüchtung der Menschheit, zu garantieren: „Die Auslese durch den freien, von keinerlei Vorrecht mehr gefälschtem Wettstreit wird in der Natürlichen Wirtschaftsordnung vollständig von der persönlichen Arbeitsleistung geleitet... Denn die Arbeit ist die einzige Waffe des gesitteten Menschen in seinem ‚Kampfe ums Dasein‘. (...) Doch steht es außerhalb jedes Zweifels, daß der freie Wettbewerb den Tüchtigen begünstigt und seine stärkere Fortpflanzung zur Folge hat.“²⁹ Eine solche „Rassenpolitik“, schreibt Gesell, „darf nicht an Staaten, Landesgrenzen, an Staatsgesetze gebunden werden. Rassenpolitik ist ureigene Angelegenheit jedes einzelnen Menschen“. Es folgt ein antisemitisches Stereotyp: „Das einzige Volk, das seit Jahrtausenden beharrlich Rassenpolitik treibt, die Juden, hat überhaupt kein eigenes Land, und kennt die Staatshoheit nicht.“³⁰

18 vgl. Gesell, a.a.O., S.194 ff.

19 vgl. Klaus Schmitt, Günther Bartsch (Hg.), Silvio Gesell – „Marx“ der Anarchisten?, Berlin, 1989, S.90 f., Margret Kennedy, Geld ohne Zinsen und Inflation, München, 1991, S.49 f.

20 vgl. Kennedy, a.a.O., S.111 f.

21 vgl. Jürgen Kaun, Keine Begrenzung des Wirtschaftswachstums, in: *Contraste*, Nr.84, 1991

22 vgl. Experiment Wörgl, in: Bartsch, Schmitt, a.a.O., S.258

23 vgl. Schmitt, a.a.O., S.63 ff.

24 vgl. ebd., S.24

25 vgl. Gerhard Senft, Weder Kapitalismus noch Kommunismus, Silvio Gesell und das libertäre Modell der Freiwirtschaft, Berlin, 1990, S.145, S.147

26 vgl. Kaun, Keine Begrenzung des Wirtschaftswachstums, in: *Contraste*, Nr.84, 1991

27 zit. Gesell, a.a.O., Vorwort zur Dritten Auflage, Herbst 1918, S.XVII

28 zit. ebd., S.XVII f.

29 zit. ebd., S.XX f., ebenso: Klaus Schmitt, a.a.O., S.214, S.218, in der Anmerkung 255 wird wieder Konrad Lorenz positiv zitiert, ohne Wettbewerb keine „selektiven Vorteile“.

30 zit. ebd., S.64

Die Auslese leitet Gesell aus angeblich ewigen Naturgesetzen ab: „Diese Gesetze aber wollen den Wettstreit. Nur auf dem Wege des Wettbewerbs, der sich überwiegend auf wirtschaftlichem Gebiete abspielt, kann es zur förderlichen Entwicklung, zur Hochzucht kommen. Wer daher die Zuchtgesetze der Natur in ihrer vollen, wundertätigen Wirksamkeit erhalten will, muß die Wirtschaftsordnung darauf anlegen, daß sich der Wettbewerb auch wirklich so abspielt, wie es die Natur will, d.h. mit der von ihr gelieferten Ausrüstung, unter gänzlicher Ausschaltung von Vorrechten. Der Erfolg des Wettstreites muß ausschließlich von angeborenen Eigenschaften bedingt sein, denn nur so wird die Ursache des Erfolges auf die Nachkommen vererbt... Dann darf man hoffen, daß mit der Zeit die Menschheit von all dem Minderwertigen erlöst werden wird, mit dem die seit Jahrtausenden von Geld und Vorrecht geleitete Fehlzucht sie belastet hat, daß die Herrschaft den Händen der Bevorrechteten entrissen werden und die Menschheit unter Führung der Edelsten den schon lange unterbrochenen Aufstieg zu göttlichen Zielen wieder aufnehmen wird.“ Der französische Adelige Boulainvilliers verteidigte 1727 die Privilegien seiner Kaste mit dem Verweis auf eine rassische Abstammung von den fränkischen Eroberern. Dem Kleinbürger Gesell zufolge führen Privilegien zur Degeneration, mann ist dem „Kampf ums Dasein“ enthoben.

Auch das Freiland-Konzept dient eugenischen Zielen. Die Pachtzahlung erfolgt zunächst an den Staat „und

wird restlos an die Mütter nach der Zahl der Kinder verteilt“³¹, als „Mutterrente“. Die „Rückkehr der Frau zur Landwirtschaft“ ist laut Gesell „die glücklichste Lösung der Frauenfrage“.³² Die „Vorrechte bei den Geschlechtern“ sind aufgehoben, die Grundrente als ökonomische Sicherheit gewährt den Frauen „das freie Wahlrecht... und zwar nicht das inhaltsleere politische Wahlrecht, sondern das große Zuchtwahlrecht, dieses wichtigste Sieb der Natur.“³³ Die Frauen würden damit den schädlichen Einfluß der Medizin ausgleichen, die die „Erhaltung und Fortpflanzung der fehlerhaft geborenen Menschen“ bewirkt. „Soviel Krankhaftes auch der Auslesebetätigung der Natur durch die Fortpflanzung der Fehlerhaften zugeführt wird, sie wird es bewältigen. Die ärztliche Kunst kann dann die Hochzucht nur verlangsamen, nicht aufhalten.“³⁴

In dem Roman „Der abgebaute Staat“ betont Gesell die Züchtung von „Kraft, Gesundheit, Geist, Schönheit“ als gesellschaftliche Ziele. Frauen haben sich dem unterzuordnen, Verhütung ist schlecht, weil es dann an menschlichem „Auslesematerial“ mangelt. Kopfzerbrechen bereitet Gesell das „Überbevölkerungsproblem“. Einerseits werde es weniger Geburten geben, weil Frauen länger nach geeigneten Vätern suchen und nur „die Lebensbejahenden“ gebären. Die übrigen Frauen würden sich sterilisieren lassen und lohnabhängig sein. Nach seiner sozialdarwinistischen Logik sterben diese Frauen aus und nur die „Lebensbejahenden“ pflanzen sich fort, so daß Gesell die „Gefahr einer künftigen Überbevölkerung“ befürchtet.³⁵

Antisemitismus und die Lehre von der Zinsknechtschaft

Gesell konstruierte wie sein Vorbild Proudhon eine widersinnige Differenz zwischen einem guten, weil produzierenden, und einem bösen, weil zinshekkenden Kapital. Letzteres identifizierte die antisemitische Propaganda mit dem Juden, die Nazis teilten in „schaffendes“ und „raffendes“ Kapital. In Wahrheit ist dieses „schaffende“ Kapital immer auch Geldbesitzer und umgekehrt die Banken Miteigentümer an Unternehmen; Finanz- und Industriekapital sind untrennbar miteinander verflochten. Wer, wie die AnhängerInnen der Zinsknechtslehre, alle Übel dieser Welt in der Zirkulationssphäre ausmacht, verdrängt die Ausbeutung in der Produktion und pflegt ein falsches Bild vom Kapitalismus, das strukturell antisemitisch ist.

In einem Text von 1891 spricht sich Gesell vordergründig gegen Antisemitismus aus. Tatsächlich pflegt er das Stereotyp des raffenden, faulen, nicht-arbeitenden Juden. Gesell schreibt: „Die Judenhetzerei ist eine colossale Ungerechtigkeit und eine Folge einer ungerechten Einrichtung, eine Folge des heutigen Münzwesens (...) Die Münzreform [gemeint ist sein Vorschlag, P.B.] macht es unmöglich, daß jemand erntet ohne

zu säen, und die Juden werden durch dieselbe gezwungen werden, die Verwerthung ihrer großen geistigen Fähigkeiten nicht mehr im unfruchtbaren Schacher zu suchen, sondern in ... der ehrlichen Industrie.“³⁶

Einer der wichtigsten Epigonen ist Yoshito Otani. Für seine Bücher wurde in der FSU-Zeitschrift *Der Dritte Weg* oder von den Christen für eine Gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) geworben. Otani stellt die Vernichtung der Jüdinnen und Juden infrage, zweifelt an der Existenz der Gaskammern in Auschwitz und leugnet die Kriegsschuld der Deutschen. Selbst am Ersten Weltkrieg seien „jüdische Banken“ schuld. Otani bezeichnet die antisemitische Fälschung „Protokolle der Weisen von Zion“, die angebliche Welt-herrschaftspläne der Juden beinhaltet, als wahr.³⁷

Der Antikommunist Gesell und die Münchner Räterepublik

Vorwürfe der Rechtslastigkeit kontern Gesell-Fans mit dem Hinweis, ihr Meister habe bei der Münchner Räterepublik mitgemischt. Halbwahrheiten wirken oft wie ganze Lügen. Die Rätebewegung in München gliedert sich in drei Phasen: Die erste dauerte vom Sturz der Monarchie bis zur Ermordung des Ministerprä-

31 zit. ebd., S.72

32 zit. ebd., S.92

33 zit. ebd., S.XXI, vgl. ebd., S.93

34 zit. ebd., S.XXI

35 vgl. Silvio Gesell, *Der abgebaute Staat – Leben und Treiben in einem gesetz- und sittenlosen hochstrebenden Kulturvolk*, 1927, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 16, S.252ff.

36 zit. Gesell, *Nervus rerum – Fortsetzung zur Reformation im Münzwesen*, S.140f., in: Gesell, 1988, nach Oliver Geden, *Rechte Ökologie*, Berlin, 1996, S.158

37 vgl. Volkmar Woelk, *Natur und Mythos*, Duisburg, 1992, S.22, Geden, a.a.O., S. 162ff.

sidenten Kurt Eisner (USPD) am 21. Februar 1919. Am 7. April riefen der Münchner Zentralrat, Vertreter der sozialistischen Parteien und der Anarchisten die erste Räterepublik aus. Ernst Niekisch (SPD), der sich später als Faschist hervortat und Hitler von rechts kritisierte, ernannte Gesell zum Volksbeauftragten für Finanzen. In seiner Autobiographie wertete Ernst Toller, damals Vorsitzender der Münchner USPD und Kommandant der Roten Armee, diese Wahl als Ausdruck von Unwissenheit und Unklarheit.³⁸ Am 13. April wurde diese erste Räteregierung abgesetzt, ein Bündnis unter Führung der KPD rief die zweite Räterepublik aus.

Anfang Mai 1919, nachdem die Freikorps die Rätebewegung zerschlagen hatten, wurde Gesell verhaftet. Sein Anhänger Rolf Engert verfaßte eine Verteidigungsschrift, die Gesell inhaltlich billigte, und in der es darum geht, sich von der Linken zu distanzieren, weil diese kommunistisch sei. Immer schon habe Gesell Marx bekämpft, insbesondere „das von jenem verkündete Streikprinzip und predigt statt dessen die unverdrossene, ja gesteigerte Arbeit“. Engert schrieb weiter: „Daß die Verbindung Gesells mit den Männern der ersten Räterepublik Bayern – und nur ihr gehörte er an – seinen Ideen

im Grunde widersprach, geht am klarsten aus der Befremdung, ja dem Unwillen hervor, den dieser Schritt Gesells bei vielen seiner Anhänger hervorrief.“ Gesells Aktivität in der Räteregierung wird als besonders schlaue antikommunistische Taktik angedient: „er wollte den Kommunismus mattsetzen... Gesell erblickt im Kommunismus das Übel aller Übel... er vertritt statt dessen den ausgesprochensten – bisher noch nie verwirklichten wirtschaftlichen Individualismus“, mitgemacht habe er nur, um „seine Idee selbst noch in letzter Stunde zur Rettung des deutschen Volkes zu verwirklichen“.³⁹ Er würde sich „auch jeder anderen Regierung mit seiner völlig unpolitischen, seiner reinen Facharbeit zur Verfügung stell(en).“ Daß man in einem politischen Prozeß angesichts des Weißen Terrors die eigene Beteiligung herunterspielt, ist verständlich, diese Art der Distanzierung aber belastete andere Angeklagte.

Der rechte Rand der Anarchie

Die Gesellianer versuchen mit einer Vielzahl von Gruppen und Projekten und einer breiten Bündnispolitik im rechten und esoterischen Spektrum, aber auch in der linken und der umweltbewegten Szene AnhängerInnen zu rekrutieren. Die FSU verfügte in den 50er

Jahren über Kontakte zur nazistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP), in den 60ern kooperierte die FSU mit dem ökofaschistischen Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL). Die Gesellianerin Margaret Kennedy trat in Berlin bei dem Ökofaschisten Rudolf Bahro auf und publizierte in der Zeitschrift „Der Gesundheitsberater“ des braunen Ernährungspapstes Max Otto Bruker. Bemerkenswert ist bei diesen Kooperationen die Mischung aus Gesellianern, Anthroposophen und offenen Faschisten, personifiziert durch Bruker und Günter Bartsch.

Bruker, langjähriger Funktionär des WSL und 1969 FSU-Kandidat für den Bundestag, predigt in seinen Büchern eine sozialdarwinistische Ideologie. So konstruiert er einen Zusammenhang zwischen „Frauenkrankheiten“ und Verhütungsmitteln bzw. gesundheitsschädlicher Lebensweise.⁴⁰ Wenn eine Frau dadurch „ihren Körper schädigt“, hofft Bruker aus Selektionsgründen auf Sterilität: „vom biologischen Standpunkt aus eine sinnvolle Maßnahme, weil dadurch der Anteil der Bevölkerung von der Fortpflanzung ausgeschlossen wird, der keine gesunde Nachkommenschaft gewährleisten kann“.⁴¹ Weil Frauen Erziehungsarbeit scheuen, komme es zu immer mehr verweichtlichten Einzelkindern. „Zur Vorbereitung für die späteren Lebensaufgaben sind drei Kinder geeigneter als nur zwei. Dies entspricht dem Kampf ums Dasein im späteren Leben mehr. Bei drei Kindern sieht sich das eine meist einer Mehrheit von zweien gegenüber.“⁴²

Krebs ist für Bruker eine „vollendete Krankheit.. dazu ausersehen, dem verblendeten Fortschrittsgläubigen die Augen zu öffnen“ oder aber es

wird „der fortschrittliche Teil der Menschheit in einem Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit durch Krankheit, insbesondere Krebs liquidiert.“⁴³ Chronische Schlafstörungen erklärt der Ernährungspapst mit Hilfe der Anthroposophie als „starke(n) Mangel an Vertrauen zu dieser Welt und damit zu Gott“.⁴⁴ Ausgehend von der anthroposophischen Lehre vom Menschen als Geist-Seele-Leib-Einheit und einem mystischen Naturbegriff („das ursprünglich Gegebene“, „Göttlich-Geheimnisvolles und Letztes“) wettet Bruker gegen die rationale Wissenschaft als „Höhepunkt materialistischen Denkens“.⁴⁵

Eine schillernde politische Biographie weist Günter Bartsch auf. Von 1947 bis 1953 war er Mitglied der KPD. 1972 veröffentlichte er ein Werk über Anarchismus in Deutschland, darin wird Silvio Gesell als „Anarcho-Liberaler“ charakterisiert. Drei Jahre später schreibt Bartsch ein Buch unter dem Titel „Revolution von rechts?“, positiv Bezug nehmend auf Teile der sogenannten Neuen Rechten sowie den Nazi Otto Strasser. Mit dem Buch „Vom Kronstadt zum Achbergerlebnis“ schlägt Bartsch 1977 eine Brücke vom Anarchismus zur Anthroposophie. Artikel aus seiner Feder wurden in den rechten Blättern „Wir selbst“, „Criticon“ und „Junges Forum“ sowie in den SPD-nahen „Frankfurter Heften“ abgedruckt. 1989 erschien eine Biographie von ihm über Otto Strasser im Verlag von Siegfried Bublies (Ex-NPD, Republikaner), der auch „Wir selbst“ herausgibt.⁴⁶

1989 verfaßte Günter Bartsch zusammen mit Klaus Schmitt das Buch „Silvio Gesell – Marx der Anarchisten?“, das im anarchistischen Karin

38 vgl. Ernst Toller, *Eine Jugend in Deutschland*, Leipzig, 1990, S.109

39 zit. Rolf Engert, *Silvio Gesell in München 1919*, Hannoversch-Münden, 1986, S.38 ff.

40 vgl. Max O. Bruker, *Gesund durch richtiges Essen*, München, 16. überarbeitete Auflage, 1989, S.146 ff.

41 zit. ebd., S.147 f.

42 zit. Bruker, *Lebensbedingte Krankheiten*, Hopferau, 1982, S.280

43 zit. Bruker, *Gesund durch richtiges Essen*, a.a.O., S.198 f.

44 vgl. ebd., S.216, S.220 ff.

45 vgl. Bruker, *Lebensbedingte Krankheiten*, a.a.O., S.147 ff.

Kramer Verlag publiziert wurde. Bartsch räumt „eine Spur von Sozialdarwinismus“ bei Gesell ein: „Jedoch richtet sie sich vor allem gegen Ehen mit Alkoholikern.“⁴⁷ Bei freier Liebeswahl der Frauen und freiem Wettbewerb unter den Männern ist „natürliche Auslese“ möglich, dann „platzen die Eiterbeulen, die größten Probleme – Staat, Klerus, Überbevölkerung, Krieg.“⁴⁸ Schmitt feiert Gesell unter dem Titel „Geldanarchie und Anarchofeminismus“ als Nachfolger Proudhons. Besonders schätzt Schmitt die Freiland-Idee: Der gesamte Boden solle von einem „Bund der Mütter“ verwaltet und an Meistbietende verpachtet werden. Die Pachteinnahmen gehen an die Mütter und ihre Kinder. Gesell habe dies als Beitrag zur „biologischen und kulturellen Fortentwicklung der Menschheit“ verstanden, als Möglichkeit den potentiellen Vater auch unter eugenischen Gesichtspunkten auszuwählen. „Immerhin ist dieser Gedanke einer für die Gesundheit des Erbguts und für die Evolution der menschlichen Art vorteilhaften und von den betroffenen Individuen selbstbestimmten Eugenik eine diskutabile Alternative zu den auf uns zukommenden, von Staat und Kapital fremdbestimmten Genmanipulationen“, schreibt Schmitt.⁴⁹

Mit Rassismus habe dies nichts zu tun, behauptet Schmitt. In Gesells Roman „Der abgebaute Staat“, auf den er sich bezieht, wird die Utopie einer Frauenkommune entworfen, deren Bewohnerinnen vielfache sexuelle Beziehungen unterhalten. Schmitt schreibt dazu: Ihre Kinder stammen von verschiedenen Vätern „hoher physischer und psychischer Qualität ab, und zwar von

Männern aus den verschiedensten Völkern und Rassen der Erde! Es geht hier also nicht um die ‚Aufnordung‘ einer bestimmten Rasse, wie es die NS-Rassisten vorhatten, sondern um die Fortentwicklung der gesamten Gattung Mensch.“⁵⁰ Leider, fährt Schmitt fort, seien die „ausdrücklich staatsfreien und naturverbundenen Eugenik- und Wahlzuchtvorstellungen... heute in linken Kreisen äußerst verpönt“. Die Kritik der Linken schiebt er einer „lust- und lebensfeindlichen, aus christlich-masochistischer Moral gespeister Ideologie“ zu. Dabei sollten wir zur Kenntnis nehmen, daß „durch den Schutzraum der Kultur (ist) der Ausleseprozeß ausgeschaltet, die weiterwirkenden Mutationen führen jedoch zur überwiegend negativen Veränderung der menschlichen Natur: zu Domestikationserscheinungen“. Genauso formulierte schon 1943 der Nazibiologe Konrad Lorenz, bei dem sich Schmitt im nächsten Absatz auch bedankt.⁵¹

Welch einen Fortschritt bieten Gesell und Schmitt, der Anarchist, gegenüber den Nazis und Aldous Huxleys „Schöner neuer Welt“! Die einen benötigten den Terror, im Roman müssen befruchtete Eizellen noch in einer Brut- und Normzentrale manipuliert werden. Sozialdarwinismus im anarchistischen Gewand merzt selbstbestimmt Alkoholiker, Kranke und Behinderte aus. Die Menschen in dieser Horror-Utopie Gesells haben die Selektion in „höher- und „minderwertiges“ Leben soweit verinnerlicht, daß ökonomische Zwänge sowie staatliche Macht und Manipulation überflüssig sind.

Die Attraktivität Gesells bei Teilen des anarchistischen Spektrums ist weder Zufall

noch Unwissenheit. Das individualistische Konzept, das von einigen Strömungen vertreten wird, ist offen für Mystik, für einen Egokult und die Verteidigung des Eigentums, wie sie Max Stirner (1806-1856) vertrat, bis hin zu faschistischen Konsequenzen.⁵² Daß sich Gesell ebenso auf Nietzsche und Stirner wie auf Proudhon beruft, ist korrekt.⁵³ Mit letzterem stimmte er nicht nur in der Zins-Kritik überein. Trotz der berühmten Formulierung „Eigentum ist Diebstahl“ verteidigte Proudhon Privateigentum, wenn es aus eigener Arbeit entspringt, gegen Wucher und Spekulanten. Er bekämpfte jegliche revolutionäre Politik und die Emanzipation der Frau und war ein erklärter Antidemokrat und ein Antisemit.⁵⁴ In Gesells anarchistischem Utopia gibt es keine soziale Fürsorge und keine Gefängnisse, sondern Ellbogenmentalität und Lynchjustiz: „Der Friedhof ist hier das einzige Gefängnis“, schreibt Gesell.⁵⁵

Schlichte Gemüter aus dem alternativen und anarchis-

tischen Milieu begnügen sich mit Parolen „gegen die Zinsknechtschaft der Dritten Welt“. Selbst im Terminkalender der autonomen Berliner Zeitschrift *Interim* (Nr.258, 21.Oktober 1993) wurde eine Veranstaltung „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ im Infoladen Bambule mit Klaus Schmitt angekündigt. Auf Initiative einer Künstlergruppe galt im Stadtviertel Prenzlauer Berg in Berlin zwei Monate lang eine zweite Währung, der sogenannte „Knochen“. Die Idee basierte ebenfalls auf der sogenannten Schwundgeldtheorie. Silvio Gesell, den sein österreichischer Anhänger Gerhard Senft als „großen Sozialreformer“ rühmt, verbrachte seine letzten Jahre in der Lebensreformer-Obstbaugenossenschaft Oranienburg bei Berlin. Außer vegetarischer Ernährung, heißt es 1917 in einem Programmheft von Eden, war zum „natürlichen“ Leben in der alternativen Kommune „deutsch-völkische Gesinnung Voraussetzung. Und dazu befähigt nur deutsches Arier-tum“.⁵⁶ ■

46 vgl. Raimund Hethey, Peter Kratz, Hrsg., *In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neo-Faschismus*, Göttingen, 1991, S.126 f., Margret Feit, *Die Neue Rechte in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M., 1987, S.180, Wölk, a.a.O., S.44 ff.

47 zit. Günter Bartsch, Silvio Gesell, *die Physiokraten und die Anarchisten*, in: Bartsch, Schmitt, Silvio Gesell – Marx der Anarchisten?, Berlin, 1989, S.14

48 zit. ebd., S.15

49 zit. Schmitt, *Geldanarchie und Anarchofeminismus*, in: Silvio Gesell – Marx der Anarchisten?, a.a.O., S.129

50 zit. ebd., S.131

51 zit. ebd., S.241 f., Anmerkung 117

52 vgl. Leszek Kolakowski, *Die Hauptströmungen des Marxismus*, Bd.1, 1981, S.186 ff.,

53 vgl. Gesell, *Natürliche Wirtschaftsordnung*, a.a.O., S.XXVI

54 vgl. Thilo Ramm, Hrsg., *Pierre-Joseph Proudhon, Ausgewählte Texte*, Stuttgart, 1963

55 zit. Gesell, *Der abgebaute Staat*, a.a.O., S.302

56 zit. nach Louis Lerouge, *Rinks und lechts kann flau/mann nicht velwechtern – odel doch?*, in: *Contraste* 106/107, Juli/August 1993

Eine Bewegung und ein Volk

Wie stark war die Unterstützung des Nationalsozialismus in der damaligen „Ostmark“? Wie verhielt sich die Bevölkerung gegenüber Anschluß, Krieg und Judenvernichtung? Welche sozialen Gruppen zeigten sich besonders anfällig für die nationalsozialistische „Weltanschauung“? Wie ist es zu erklären, daß ein Land, dessen Bevölkerung nur rund 8 Prozent der Gesamtbevölkerung des Reiches betrug, überdurchschnittlich stark in den Reihen der SS vertreten war und rund 40 Prozent der am Holocaust unmittelbar beteiligten TäterInnen stellte?

VON FLORIAN MARKL*

In den ein paar Jahre zurückliegenden Debatten um Daniel J. Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ wurde vor allem hierzulande bemängelt, daß der Autor auf die maßgebliche Beteiligung der ÖsterreicherInnen an der Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen nicht eingegangen war. Jenes Land, in dem Hitler aufwuchs und in dem die Grundlagen seines ausgeprägten Antisemitismus gelegt worden waren, blieb bei Goldhagen beinahe unerwähnt. In einem kürzlich erschienenen Buch versucht nun ein amerikanischer Historiker, Antworten auf einige der offen gebliebenen Fragen zu geben. Gerade in einer Zeit, in der führende VertreterInnen der österreichischen Politik wieder offensiv den Mythos bemühen, Österreich und die ÖsterreicherInnen seien in Wahrheit Opfer des Nationalsozialismus gewesen, ist es von besonderer Wichtigkeit, die realen historischen Vorgänge im Auge zu behalten und nicht der nationalistischen Geschichtsklitterung auf den Leim zu gehen.

Evan Burr Bukey analysiert in seiner Studie über „Hitlers Österreich“ unter Verwendung einer Vielzahl bisher nicht systematisch ausgewerteter Quellen, wie etwa den Berichten vieler lokaler Polizeistationen, die Stimmungslage der „ostmärkischen“ Bevölkerung in den Jahren 1938-1945 und kommt dabei zu Ergebnissen, die aufhorchen lassen sollten. Auf eindrucksvolle Art und

Weise schildert er, wie sich die Menschen eines Landes verhielten, das im März 1938 gemäß offizieller Lesart zum „ersten Opfer der nationalsozialistischen Aggression“ wurde. Unüberschaubare Menschenmassen feierten in den Straßen Wiens den „Anschluß“ und boten Beobachtern ein Bild, das ein amerikanischer Journalist folgendermaßen schilderte: „Überall Massen von Leuten. Jetzt auch singend. Nazilieder brüllend. Junge Randalierer werfen die Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte ein. Die Menge jubelt voller Entzücken. Die Braunhemden in Nürnberg hatten die Naziparolen nie mit einer solchen Inbrunst gegrölt.“ (49) Von Beginn an wurde hierzulande klar, worauf die „nationale Revolution“ der Nazis gegründet war. Bereits Tage vor dem Einmarsch der deutschen Truppen zog ein bis zu hunderttausend Menschen zählender Mob johlend, plündernd und prügelnd durch die jüdischen Wohnviertel Wiens. Über mehrere Wochen hinweg erstreckte sich die antisemitische Rasei, die von keiner Parteiformation organisiert zu werden brauchte. „Es ist vergebliche Mühe zu versuchen, das soziale Profil des Wiener Mobs zu rekonstruieren. Dafür beteiligten sich ganz einfach viel zu viele daran.“ (197) Der Antisemitismus war hierzulande in noch viel größerem Maße eine alle sonstigen Unterschiede überlagernde ideologische Klammer, als dies in Deutschland der Fall gewe-

sen war. Es „(...) herrschte unter den Österreichern ein breiter antisemitischer Konsens.“ (216f.)

Dieses Urteil ist nicht Bukeys fehlendem Differenzierungsvermögen geschuldet. In mehreren Kapiteln untersucht er die Ansichten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und schildert dabei sorgfältig vereinzelt aufgetretene Konflikte mit der Politik des Regimes. So betont er die Widerstände, mit denen die Nationalsozialisten im Zuge ihres Feldzuges gegen die katholische Kirche in den tief-katholischen Gegenden Österreichs konfrontiert waren genauso, wie die gespaltenen Reaktionen der bäuerlichen Bevölkerung auf die Nazifizierung der Landwirtschaft. Er weist darauf hin, daß es den Nationalsozialisten in den ersten Jahren nach dem „Anschluß“ durchaus gelungen ist, auch die österreichische ArbeiterInnenklasse zu mobilisieren und insbesondere die überwiegende Mehrheit der SozialdemokratInnen zu einer Zusammenarbeit mit der Reichsregierung zu bewegen. Wenn gleich die ArbeiterInnenschaft prozentuell noch den geringsten Anteil an NSDAP-Mitgliedern stellte, kann von einer prinzipiellen Gegnerschaft zum Anschluß-Regime keine Rede sein. Im Grunde läßt sich, abgesehen von den Verfolgten und den wenigen aktiven WiderstandskämpferInnen, über alle bestehenden politischen Differenzen hinweg feststellen, daß viele Menschen an der einen oder anderen Maßnahme der Nazis zwar et-

*) Florian Markl studiert Politikwissenschaft in Wien.

was auszusetzen hatten, deswegen aber den neuen Machthabern keineswegs die Unterstützung entzogen. Der Grund dafür lag in der ungeheuren Popularität der Judenverfolgung: „In Österreich bildete der Antisemitismus viel stärker als im Altreich das integrative Element für die NS-Herrschaft. Er war das widerstehliche Leitmotiv, das Millionen Menschen anzog, die andere Aspekte des Hitlerismus ablehnten. (...) Alles in allem herrschte unter den Österreichern ein breiter antisemitischer Konsens.“ (216f.)

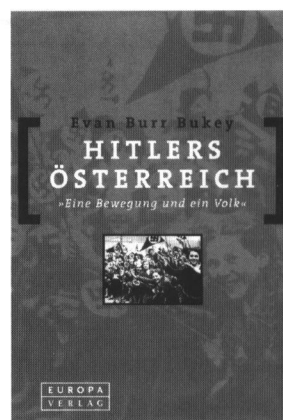
Besonders aufschlußreich ist Bukeys Schilderung der Entwicklung der österreichischen NSDAP. Im Gegensatz zum deutschen Vorbild gelang es keinem der „ostmärkischen“ Parteigenossen, zum alleinigen, unumschränkten Leiter der Partei zu avancieren. Dies hatte selbstverständlich in erster Linie mit der Orientierung an der deutschen Schwesterpartei und dem „Führer“ zu tun. Darüber hinaus waren die österreichischen Nazis in zumindest drei Gruppierungen gespalten, unter denen nach dem „Anschluß“ ein erbitterter Kampf um den größtmöglichen Anteil an der Beute ausbrach. Vor allem die Mitglieder der Wiener Ortsgruppe fühlten sich bei Aufteilung von Posten und Vermögen grob vernachlässigt. Erbitterung brach vor allem darüber aus, daß die einflußreichsten Posten nicht an ortsansässige, verdiente Kämpfer, sondern an Nazis aus dem „Altreich“ vergeben wurden und von den österreichischen Parteigenossen hauptsächlich Kärntner zum Zuge kamen. (Unter diesen Kärntner Nazis befanden sich Personen, die in der Folge bei der Vernichtung der eu-

ropäischen Juden in zentralen Positionen tätig waren, so z.B. Odilo Globocnik, der spätere SS- und Polizeiführer des Distrikts Lublin im sogenannten „Generalgouvernement“ oder Franz Nowak, der als Mitarbeiter Eichmanns maßgeblich an der Organisation der Deportationen in die Vernichtungslager beteiligt war. Leider konzentriert sich Bukey nur auf das Gebiet Österreichs. Die „Karrieren“ österreichischer Nazis außerhalb der „Ostmark“ bleiben dabei unerwähnt.) Die Enttäuschung über die vermeintliche Benachteiligung äußerte sich in antideutschen Ressentiments. Die von Bukey vertretene These lautet also, daß jener typische Grant auf die deutschen NationalsozialistInnen, der in Filmen wie dem „Bockerer“ in offenes Aufbegehren gegen die „Besatzungsmacht“ umgedeutet wurde, in Wahrheit auf unzufriedene Wiener Nazis zurückzuführen war und sich von diesen ausgehend auf weitere Teile der Bevölkerung ausweitete.

Die Mehrheit der ÖsterreicherInnen unterstützte den „Anschluß“, den darauf folgenden Krieg und die Judenvernichtung bis in den Mai 1945. Nach der Niederlage Deutschlands erschien ihnen die Wiedererrichtung der Republik als die einzige Möglichkeit, die Siegermächte zu besänftigen und einer Vergeltung für die begangenen Verbrechen zu entgehen. Die rund 600 000 NSDAP-Mitglieder, die zusammen mit ihren Angehörigen beinahe ein Drittel der Bevölkerung ausmachten, wurden schnell in die Zweite Republik integriert. Indem deren Gründungsväter „(...) das österreichische Volk von Schuldgefühlen oder je-

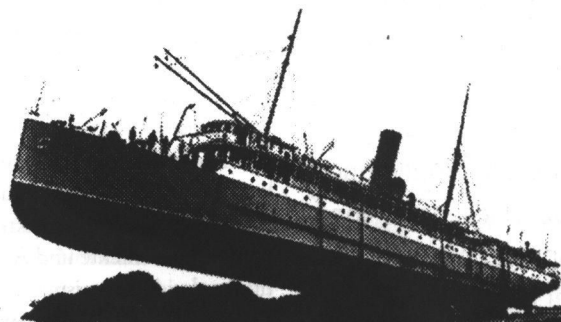
der Mitverantwortung für die Verbrechen der Hitlerzeit freisprachen, blieben die autoritären und antisemitischen Einstellungen weitgehend intakt.“ (323)

Bukeys Studie kann als gelungener Versuch betrachtet werden, jenes Fundament zu beschreiben, auf dem die post-nationalsozialistische Demokratie der Zweiten Republik errichtet wurde und betont dabei den herausragenden Stellenwert des Antisemitismus. Es ist daher kaum überraschend, daß „Hitlers Österreich“ bislang keine breite öffentliche Diskussion ausgelöst hat. ■



Bukey, Evan Burr: Hitlers Österreich. „Eine Bewegung und ein Volk“, Hamburg/Wien 2001. Preis: ÖS 355,- DM 49,-

Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf dieses Buch.



**...wenn Ideen nötig sind,
die an die Wurzeln gehen**

- ★ widerstand gegen staat und krieg
- ★ ökologie, die über umweltschutz hinausgeht
- ★ antirassismus und antisexismus
- ★ aktualität des gewaltfreien anarchismus
- ★ transnationalismus
- ★ concert for anarchy u.v.m.

Jahresabo 40 DM (10 Ausgaben)
GWR-Vertrieb, Straßburger Str. 24,
D-10405 Berlin, Tel./Fax: 030/4428185
www.comlink.de/graswurzel

**graswurzel
revolution**

für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

Ticket To Ride

Die Auseinandersetzung mit den theoretischen und praktischen Formen des Antizionismus der linksradikalen militanten und bewaffnet kämpfenden Gruppen in Deutschland scheint angesichts ihrer historischen und politischen Niederlage wie eine überflüssige, billig zu habende Profilierungs- oder Rachegeste von „Spätgeborenen“. Dabei bieten sie sich als Analyseobjekt durch ihre eigene Exponiertheit unabweisbar an.

VON KLAUS KINDLER*

Vertraten diese Gruppen doch den Anspruch, die avancierteste, konsequenteste und radikalste Form des Antizionismus zu vertreten, die theoretisch und praktisch Richtung und Taktik der antiimperialistischen und internationalistischen Linken jahrzehntelang vorgab. In der aktuellen politischen Diskussion um die Bewertung, Entsorgung und/oder Historisierung der Revolte der 60er Jahre und angesichts der beispielhaften Resozialisierung ihrer Exponenten zum Herrschaftspersonal der aufstrebenden Großmacht Deutschland dient die Rekonstruktion der Quellentexte und Aktionen des Antizionismus als Leitmotiv und Basisideologie der radikalen Linken, gleich welcher Fraktion, darüber hinaus der Kritik einer fortwährenden Denk- und Bewusstseinsform. Ihr Geschäft ist die Normalisierung des Ressentiments von links, die Wiedergutwerdung der deutschen Nation und die Entsorgung von Auschwitz durch seine Funktionalisierung. Äusserst gelegen kommt dabei der Versuch der Justiz, beim Prozess gegen mutmaßliche Mitglieder der Revolutionären Zellen (RZ) in Berlin, die staatliche Interpretation der Geschichte linksradikaler Militanz juristisch sanktioniert, festzuschreiben.

Bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre dominierte im progressiven und linken Milieu Deutschlands ein vom Bewusstsein um die histori-

sche Verantwortung geprägtes Bild Israels. Die entstehende Neue Linke verfolgte mit Interesse die sozialistischen Versuche der Kibbuzbewegung und verhielt sich im Nahostkonflikt weitgehend neutral. Die Position Ulrike Meinhofs kann daher als durchaus repräsentativ für die damalige Stimmungslage gelten: „Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart und schließt den Staat Israel ein (...) Wer den Bestand dieses Staates glaubt zur Disposition stellen zu sollen, muss wissen, dass nicht die Täter, sondern wiederum die Opfer von damals getroffen würden.“¹

Die selbstverständliche Kritik an der Politik Israels schloss das Existenzrecht ebenso selbstverständlich mit ein. Allerdings schwang dabei eine spürbare Befangenheit, latente Schuldgefühle und das Bedürfnis, sich vom öffentlich zur Schau getragenen Philosemitismus abzugrenzen. Das änderte sich mit dem militärischen Erfolg Israels im Sechs-Tage-Krieg vom Juni 67 schlagartig. Die Euphorie der Springer-Presse, die „Blitzkrieg“ und „Wüstenfuchs“-Metaphern für General Dayan und die militaristische Begeisterung für die Effizienz der israelischen Armee ließen die APO auf eine fast reflexhafte Distanz gehen.²

Ein erstes deutliches Signal für den Paradigmen-

wechsel im Verhältnis der Linken zu Israel war ein Beschluss des SDS³ auf seiner 22. Delegiertenkonferenz im September 1967 zum jüdisch-arabischen Konflikt. Darin findet sich bereits das gesamte terminologische Repertoire antizionistischer Agitation der späteren Palästina-Solidaritätsbewegung und der argumentative Grundstock der Guerilla:

„Der Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn kann nur auf dem Hintergrund des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker gegen die Unterdrückung durch den angloamerikanischen Imperialismus analysiert werden (...) Der SDS verurteilt die israelische Aggression gegen die antiimperialistischen Kräfte im Nahen Osten. (...) Zionistische Kolonisierung Palästinas hieß und heißt bis heute: Vertreibung und Unterdrückung der dort lebenden eingeborenen arabischen Bevölkerung durch eine privilegierte Siedlerschicht. (...) Die Anerkennung des Existenzrechts der in Palästina lebenden Juden durch die sozialrevolutionäre Bewegung in den arabischen Ländern darf nicht identisch sein mit der Anerkennung Israels als Brückenkopf des Imperialismus und als zionistisches Staatsgebilde.“⁴

Der Umschwung zum verbalmilitanten Antizionismus⁵ entsprach der aktuellen weltpolitischen Einschätzung des antiimperialistischen Teils der APO. Vervollständigt wurde das Begriffsarsenal durch den seither unverzichtbaren Vergleich der Politik Israels mit dem Nationalsozialismus.

Die Empörung über den Vietnamkrieg und die insistierenden Fragen zur NS-Vergangenheit bildeten die theo-

*) Klaus Kindler ist gelernter Politikwissenschaftler mit Fabrikabschluss in Wien.

retischen Säulen der radikalen Opposition. Doch schon die Analyse des Nationalsozialismus blieb bei der ökonomistisch verkürzten Variante à la Dimitroff stehen. Faschismus galt als gigantische Verschwörung von Bourgeoisie und Kapital zur Zerschlagung der organisierten Arbeiterklasse. Der eliminatorische Antisemitismus kam, wenn überhaupt, als Marginalie, als besonders grausames Verbrechen, nicht jedoch als Essenz des NS vor. Der Mühe im Sinne Adornos, das Unbegreifbare begreifbar zu machen, sich reflektierend selbstkritisch mit dem Täterkollektiv auseinander zu setzen, unterzog sich die Bewegung nicht.

Nachdem Ende der 60er Jahre die Hoffnung auf eine baldige revolutionäre Umwälzung in den Metropolen sich endgültig zerschlagen hatte, intensivierte sich die moralisch-idealistische Begeisterung für unterlegene Gruppen, die in exotischen Gegenden für utopische Ziele kämpften. Als eine Verarbeitungsform der zerfallenden antiautoritären Revolte kristallisierte sich die Tendenz zur Retraditionalisierung unter Rückgriff auf maolenistische Theoriefragmente heraus. Dieser neue Antiimperialismus kam mit einer schematischen, vom einem simplen Dualismus geprägten Weltansicht aus. Einem monolithisch vorgestellten Imperialismus unter der hegemonialen Dominanz der USA standen die heroisch um ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfenden Völker des Trikonts unversöhnlich gegenüber. Die selbstverschuldete und beharrlich verteidigte Fehlinterpretation von sozialer als nationaler Revolution führte zwangs-

läufig zur Mystifizierung „kämpfender Völker“ zu homogenisierten Kollektivsubjekten im Kampf um Boden und nationale Selbstbestimmung. Da diese Auseinandersetzung in den moralischen Kategorien von Gut und Böse definiert wurde, ergab sich zwar eine argumentationsfrei hergestellte Eindeutigkeit, jedoch geriet Solidarität im selben Moment unter den Zwang zur Identifikation.

Je illusionärer die Revolution im eigenen Land wurde, desto inniger wurde sie in der Ferne imaginiert und als Teil der eigenen politischen Identität projektiv affirmiert. Denn der positive Bezug auf die eigene Nation und seine Volksgemeinschaft schien durch die „deutsche Tat“ Auschwitz unwiderruflich diskreditiert und nur in der Negation, als radikaler Antifaschismus praktikierbar. Das Dilemma lag im unaufhebaren Widerspruch, dass das Täterkollektiv das umschwärmte Subjekt der Befreiung blieb, dessen Sympathie nicht durch die konsequente Konfrontation mit der eigenen Verbrechensschichte desavouiert werden durfte. Hier liegt eine Wurzel für den „sekundären Antisemitismus“ nach 45.

Antiamerikanismus und Antizionismus bildeten in der Folge die Kristallisationskerne der antiimperialistischen Theorie und Praxis. Sie erlaubten eine theoretisch unaufwendige und folgenlose Maximaldistanz zur Tätergeneration unter Beibehaltung einer radikal linken Attitüde, bei gleichzeitiger ressentimentgeladener Feindbildpflege mittels eines flexiblen Codes. Der durchaus intendierte Nutzeffekt lag einerseits in einer aktiven Selbst-

aufwertung. Wenn Israel faschistisch und ein „Brückenkopf des Imperialismus“ ist, die Palästinenser die „Opfer der Opfer“ sind und an ihnen systematischer Völkermord betrieben wird, ist Antizionismus eine besonders edle Form des Antifaschismus, für Deutsche zumal ein Akt des „nachholenden Widerstandes“ praktiziert mit dem Pathos eines doppelt reinen Gewissens – nachgebornen und links.⁷ Andererseits dient der Antizionismus der Selbstentschuldung. In der fortgesetzten Bagatellisierung und Trivialisierung der Shoa, als ein marginales Detail des Nationalsozialismus bzw. dessen Relativierung durch die mit „obsessiver Beharrlichkeit“⁸ fabrizierten Analogien zwischen der israelischen Politik und der nazistischen Judenvernichtung wird die (uneingestandene) Sehnsucht nach Normalisierung, nach Entlastung des eigenen völkischen Kollektivs spürbar.

Nachdem das ideologische Terrain solchermaßen abgesteckt war, war es nur eine Frage der Zeit, bis der aktionistische Teil der in Auflösung befindlichen APO die praktische Umsetzung in Angriff nahm. Rege Besuchskontakte auf Initiative der Al Fatah führten deutscher Aktivisten, etwa

des SDS, 1969 zu Informationsreisen nach Jordanien.⁹ Beeindruckt von der Entschlossenheit der Kämpfer radikalisierte sich nach der Rückkehr die Verbandspolitik. So endete eine Resolution des Frankfurter SDS im Februar 1970 mit der unmissverständlichen Forderung: „Nieder mit dem chauvinistischen und rassistischen Staatsgebilde Israel.“¹⁰

Ebenfalls in Jordanien geschult wurden in diesem Sommer einige spätere Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“. In einem Versteck in Berlin Schöneberg sitzt im Herbst der Kommunist Dieter Kunzelmann und schreibt seine „Briefe aus Amman“. Darin moniert er den „Judenknax“ der Linken, der die Solidarität mit den Palästinensern verhin-dere. „Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie „Zionismus“ zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit Al FATAH, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich von Gestern und Heute und seine Folgen aufgenommen hat.“ Ein Hindernis sei allerdings „die Vorherrschaft des Judenkomplexes bei allen Fragestellungen.“¹¹

1 Meinhof 1967, 3

2 *Der Krieg begann 3 Tage nach dem Tod B. Ohnesorgs bei der Anti-Schab Demonstration in Berlin in einem Klima der staatlichen Repression und medialen Hetze besonders von Seiten der Zeitungen des Springer-Konzerns.*

3 Sozialistischer Deutscher Studentenbund

4 zitiert nach Kloke 1994, 125(2. Auflage)

5 Haury 1999, 29

7 Haury 1992, 153

8 Kloke 1994, 139

9 Kloke 1994, 128f

10 ebd., 130

11 abgedruckt in: *Der Blues-gesammelte Texte der Bewegung 2. Juni*, 1. Band, 82f (hier 83)

An der praktischen Aufhebung dieses Zustandes arbeiteten inzwischen andere. Dabei ist es ebenso bezeichnend wie verblüffend, wie instinktsicher und mit welchem klarem Blick für historische Zusammenhänge das erste Angriffsziel der entstehenden klandestinen und militant kämpfenden Linken ausgewählt wurde. Eine aus der Berliner antiautoritären Subkultur stammende Gruppe namens „Schwarze Ratten/Tupamaros Westberlin“ – eine Vorläuferin der späteren „Bewegung 2. Juni“ – lieferte mit einer paradigmatischen antizionistischen Aktion die Initialzündung für die westdeutsche Guerilla. Sie wählte den Jahrestag des Novemberpogroms 1969, um mehrere jüdische Mahnmale mit „Shalom und Napalm“ sowie „El Fatah“ zu beschriften. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Brandbombe deponiert (die allerdings nicht zündete). Im Flugblatt zur Aktion¹² wird folgerichtig die theoretische Lähmung der Linken bezüglich des Nahostkonflikts als „Produkt deutschen Schuld-bewusstseins“ herausgearbeitet. „Die neurotisch-historizistische Aufarbeitung der geschichtlichen Nichtberechtigung eines israelischen Staates überwindet nicht diesen hilflosen Antifaschismus.

Der wahre Antifaschismus ist die klare und einfache Solidarisierung mit den kämpfenden Fedayin. (...) Jede Feierstunde in West-Berlin und der BRD unterschlägt, dass die Kristallnacht von 1933 heute täglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und den israelischen Gefängnissen wiederholt wird. Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.“ In der sicheren Gewissheit, der Konkurrenz eins ausgewischt zu haben, wird noch betont, dass beide Aktionen „nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren sind“¹³

Das zitierte Flugblatt war in den Räumen des Republikanischen Clubs in Berlin deponiert worden, was diesen nach einer Hausdurchsuchung zu einer bemerkenswerten Distanzierung von der Aktion veranlasste.¹⁴ Der RC lehnt die Aktionen als ungeeignet ab, um auf „faschistische Entwicklungen in Israel hinzuweisen“. Dann folgt die eigene Analyse der im Flugblatt kritisierten Beziehungen zwischen der BRD und Israel. Wiedergutmachungszahlungen und Entwicklungshilfe seien getarn-

te Militärhilfe, deutsche Investitionen dienten „unter dem schuld-bewussten Deckmantel der faschistischen Greuel-taten gegen Juden“ der Begehung analoger Greuel-taten an Palästinensern. In den Gefängnissen würden Gestapo-Foltermethoden angewandt. „Das rassistische und zionistische Israel“ liefere den Beweis, dass der Imperialismus „nur durch den lang andauernden bewaffneten revolutionären Volkskrieg“ zu bekämpfen sei. Der Inhalt der geforderten konsequenten antiimperialistischen Strategie bleibt – unspezifiziert – der Fantasie der LeserInnen überlassen.

Trotz der folgenden heftigen Auseinandersetzungen¹⁵ um die Aktion war ein Fanal und der praktische Antizionismus auf die militante Tagesordnung gesetzt, der antiimperialistische survival-kit für die nächsten zwei Jahrzehnte gepackt und das rhetorische Arsenal des antizionistischen Codes annähernd repräsentiert. Kunzelmann selbst wärmt in seinen Memoiren die Theorie vom Anschlag als einer Staatsschutzaktion wieder auf und meint, eine solche Aktion verbiete sich angesichts der deutschen Vergangenheit von selbst.¹⁶ Die Einsicht wird allerdings durch den einige Seiten vorher faksimiliert und unkommentiert abgedruckten oben zitierten „Brief“ demontiert. Mitte der 70er Jahre tadelt übrigens auch B. Baumann in seinen Erinnerungen die Aktion als nicht vermittelbar, „weil es eben dummerweise auch noch die Reichskristallnacht war, dass wieder Deutsche in der jüdischen Synagoge eine Bombe deponieren(...)“¹⁷ Das scheinbare Versehen und die daran sich knüpfende Fehl-

einschätzung waren ihm also das einzige Problem.

Mit der Konstitution der RAF als bewaffnet kämpfender Gruppe erreichte die Verschränkung von antizionistischer Agitation und pro-palästinensischer Aktion einen neuen Qualität. Es soll hier nicht über die Intensität der Kontakte oder den Grad der logistischen, materiellen und ökonomischen Abhängigkeit der westdeutschen Guerilla namentlich von der PFLP¹⁸ spekuliert werden. Fakt ist eine jahrelange Zusammenarbeit, die auf eine entsprechende Interessenkonvergenz schließen lässt. Wie bei anderen europäischen Guerillagruppen auch gehörte die Befreiung palästinensischer Genossen zum Aktionsrepertoire. In der Fokussierung auf ihre antizionistische Theorie und Praxis ist aber weder die Geschichte noch die Bedeutung der RAF hinreichend differenziert beschrieben. Ihre Bedeutung liegt in der exemplarischen Ausstrahlung auf die Praxis des militanten antiimperialistischen Widerstandes der 70er und vor allem 80er Jahre, auf die hier nur verwiesen werden kann.

Einschlägig exponiert hat sich die RAF mit dem von Ulrike Meinhof verfassten Text zur Geiselnahme israelischer Sportler bei der Olympiade in München 1972 durch ein palästinensisches Kommando der Gruppe „Schwarzer September“.¹⁹ Sie lobt die Aktion als antiimperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch und betont die „Sensibilität für historische und politische Zusammenhänge“, die sie dokumentiere.²⁰ Was als menschenverachtender Zynismus erscheint, als „Großer Sprung zurück“²¹ folgt der dem Antiimperialis-

12 ebd., 152f

13 ebd., 153

14 ebd., 150ff

15 Kloeke 1994, 164ff

16 Kunzelmann 1998, 129

17 Baumann 1979, 69

18 Volksfront zur Befreiung Palästinas

19 RAF: Texte 1997, 151-177

20 ebd., 151. Bei der dilettantischen Befreiungsaktion auf dem Flughafen Fürstentfeldbruck kamen alle neun israelischen Geiseln, fünf Mitglieder des Kommandos und ein Polizist ums Leben.

21 Haury 1992, 135

mus inhärenten Logik. Im Abschnitt über den Nationalsozialismus etwa kritisiert sie die Ungeduld der raffgierigen Kapitalistenklasse, die den NS als Vorwegnahme des imperialistischen Systems der multinationalen Konzerne forcierte. Dabei sei sie ein Bündnis mit dem absterbenden Kleinbürgertum und dessen irrationalem Antisemitismus eingegangen. Durch Krieg und Antisemitismus schließlich hätte sich die herrschende Klasse vor den Massen voll entlarvt.²² Der Text gipfelt in der abstoßenden Behauptung, Israel hätte „seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden – Brennstoff für die imperialistische Ausrottungspolitik.“²³ Hatte die RAF für ihre Aktionen immer eine besondere Sorgfalt in der Differenzierung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten, Verantwortlichen, Beteiligten und Unbeteiligten für sich beansprucht, gelten ihr nun Juden a priori als Geiseln eines Staates, unabhängig von politischer Einstellung, Status oder ähnlichem. Hierin manifestiert sich die Konstruktion einer Art linker Kollektivschuldthese, mindestens aber Sippenhaftung, die in Entebbe mit zynischer Konsequenz exekutiert wurde.

Was die RAF unter ihrem programmatischen Motto: „Dem Volke dienen!“ verstand, erläuterte Meinhof später in bemerkenswert offener Weise als Zeugin im Prozess gegen Horst Mahler. Als Beruf gibt sie „Antifaschistin“ an.

„Ohne dass wir das deutsche Volk vom Faschismus freisprechen – denn die Leute haben ja wirklich nicht gewusst, was in den Konzentrationslagern vorging –, können wir es nicht für unseren revolutionären Kampf mobilisie-

ren“ führte sie aus.²⁴ Der Antisemitismus sei seinem Wesen nach antikapitalistisch, den Hass der Menschen auf das Geld und die Ausbeutung habe der Kapitalismus – Finanzkapital und Banken – von sich ab und auf die Juden gelenkt.²⁵ Und Mahler sekundiert in seiner Prozessklärung: „Das deutsche Proletariat hat den Faschismus nicht niederhalten, den rassistischen Frevel an Millionen jüdischer Mitbürger, die Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden nicht verhindern können. Die reaktionäre zionistische Ideologie konnte nur unter dem Eindruck der faschistischen Ausrottungspolitik zu einer politischen Kraft werden. Mit der mitleidlosen und grausamen Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seinem seit zweitausend Jahren angestammten Lebensraum hat der Zionismus auf makabre Weise das Erbe des deutschen Faschismus angetreten.“²⁶ Der paradoxe Schluss, aus der Nichtverhinderung der Shoa erwachse dem deutschen Volk die Schuld am Zionismus und damit eine besondere Verantwortung für die Palästinenser, ist die implizite Aufforderung es beim zweiten Mal besser zu machen.

Die Lektüre der Zellenzirkulare, Briefe und Kassiber würde noch eine Reihe ähnlicher Belege zu Tage fördern, die Antisemitismus als Täuschungsmanöver der Bourgeoisie und den Zionismus als wahren Faschismus entlarvt. Wie abstrakt und beliebig das Label Antifaschismus in der Praxis platziert wurde, zeigte schließlich die Schleyer-Entführung. Hier wäre die Gelegenheit gewesen, an einem ehemaligen SS-Offizier die postfaschistische Kontinuität der Funktionselementen bei der

Rekonstruktion Deutschlands exemplarisch zu entfalten. Allerdings wäre dabei möglicherweise auch die ungebrochene Kontinuität der nationalen Volksgemeinschaft in den Blick und die Kritik geraten. Wie bekannt, kam es nicht dazu.²⁷

In der ersten Nummer der Zeitschrift „Revolutionärer Zorn“ bezeichnen die Revolutionären Zellen als eines von drei wesentlichen Aktionsfeldern „Aktionen gegen die Filialen und Komplizen des Zionismus in der BRD.“²⁸ Als Verband illegaler, autonom operierender, militanter Kleingruppen, in Abgrenzung zum Avantgardeanspruch der RAF 1973 erstmals in Erscheinung getreten, sind die Revolutionären Zellen charakterisiert durch einen sozialrevolutionären und einen internationalistischen Flügel. 1974 werden Anschläge auf eine Maschinenfabrik und auf ein EL-AL Büro verübt, 1977 folgt ein Brandanschlag auf ein Kino, das den Entebbe-Film zeigt. 1978 und 79 werden Anschläge auf israelische Obstimportfirmen verübt. Die Erklärungen bedienen

sich der bekannten militant-antizionistischen Rhetorik.²⁹ 1975 und 1976 beteiligen sich RZ-Mitglieder am Überfall auf die Opec-Zentrale in Wien und der Geiselnahme bzw. an der Entführung einer Air-France-Maschine nach Entebbe. Mit letzterer Aktion sollten 53 Gefangene freigesetzt werden. Bei der Erstürmung der Maschine wurden die Mitglieder des Kommandos, darunter die Deutschen Kuhlmann und Böse, erschossen. Das einzige zivile Opfer war eine ehemalige KZ-Gefangene. Die beispiellose Selektion der jüdischen Passagiere durch die deutschen Kommandomitglieder erzeugte eher in der bürgerlichen Presse, kaum aber innerhalb der Linken, die der Aktion angemessene Empörung. Die sorgte sich eher um die Verletzung der ugandischen Souveränität durch die eingeflogene israelische Anti-Terror-Einheit.

Innerhalb der RZ sorgte die Aktion für das Einfrieren der Beziehungen zu den palästinensischen Gruppen und die Sistierung der Zusammenarbeit, und führte später zur Spaltung und der

22 RAF: *Texte* 1997, 168

23 *ebd.*, 173

24 Winters in der FAZ vom 15.12.1972. In dem von der Roten Hilfe herausgegeben Band mit Reden und Mitschriften aus dem Prozess heißt es: „Ohne den Freispruch, dass dies hinter ihrem Rücken geschehen ist, haben sie (die älteren Leute) Angst, wieder eingeseift zu werden.“ (142)

25 Winters, a.a.O.

26 Rote Hilfe 1973, 127

27 Das wurde zumindest ansatzweise und hilflos im Auflösungspapier der RAF von 1998 zu leisten versucht. Ambivalent blieb dort auch die Analyse zur Flugzeugentführung nach Mogadischu im Herbst 1977. Die völlige Preisgabe der eigenen Unterscheidungskriterien wird zwar als „Bruch mit der Gesellschaft“ konstatiert, gleichzeitig aber den bei der Befreiung getöteten Kommandomitgliedern ewiges Angedenken versichert.

28 Früchte des Zorns 1993, Band 1, 88

29 *ebd.*, 129-133

weitgehenden Aufgabe internationalistischer Aktionen. Es dauerte allerdings bis 1991, um diese Fakten einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich werden zu lassen.³⁰

Bereits 1977 hatte ein Teilnehmer des Wiener Opec-Überfalls, der Frankfurter Hans-Joachim Klein, mit Hilfe früherer Freunde und Genossen seinen Ausstieg aus den RZ organisiert. In einem

Brief an den „Spiegel“ nennt er als ausschlaggebendes Motiv seines Ausstiegs die Verhinderung eines geplanten Anschlages auf die Vorsteher der Jüdischen Gemeinden von Berlin und Frankfurt.³¹ In einer Replik antworten die RZ in einer Art, die den Skandal eines (ob realen oder erfundenen sei dahingestellt) Anschlages noch weit in den Schatten stellt. Nachdem Galinskis materielle und propagandistische Unterstützungsfunktion für die „Verbrechen des Zionismus“ herausgestrichen wird, wird der Anschlag nicht etwa als Denunziation empört zurückgewiesen, sondern darüber räsonniert „was man dagegen machen müsste und was man in einem Land wie unserem dagegen machen kann...“.³² Wer oder was sie wohl daran hindert, ihre Fantasien in die Tat umzusetzen, darüber kann spekuliert werden.

Das „Albartus“-Papier – eine versuchte Aufarbeitung von Entebbe durch die RZ – ist bis heute eine der ganz wenigen Bemühungen um eine linksradikale Selbstkritik an

den Implikationen des Begriffs Antizionismus, seiner strukturellen Nähe zu antisemitischen Ressentiments, des darin zum Ausdruck gelangenden „Ausmaß an historischer Amnesie und moralischer Desintegration“.³³

In Deutschland war diese Haltung prägend für bestimmte subkulturelle Milieus innerhalb der radikalen Linken. Antizionismus wurde zum Erkennungszeichen und Loyalitätstest für Ernsthaftigkeit und Konsequenz der individuellen politischen Haltung. Unter dem Label des Internationalismus betrieb sie die Wiederaneignung von Volk, Nation und Vaterland. Diese Mission scheint heute erfüllt, vertritt Aussenminister Fischer, der ideelle Gesamtantimperialist, diese Anliegen konsequent und routiniert.

Die Frage der historischen oder aktuellen Legitimität militanter und bewaffneter kämpfender Gruppen entscheidet sich an ihrer theoretischen und praktischen Fähigkeit zur Aufhebung des Begriffs und der Sache von Ökonomie, Nation und Volk.

30 ebd., 20-34. In dem Papier „Gerd Albartus ist tot“ wird die Liquidierung eines Genossen einige Jahre früher zum Anlass einer bemerkenswert selbstkritischen, wenn auch in wesentlichen Punkten – z.B. der Kritik an den palästinensischen Gruppen – vage und unbestimmt bleibenden Aufarbeitung von Entebbe und den Konsequenzen für die Politik der RZ.

31 Ebd., 190

32 Klein 1979, 245

33 Früchte 1993, Band 1, 25

Literatur:

Baumann, „Bommi“ 1979: Wie alles anfang. München

Blues, der o.J.: Gesammelte Texte der Bewegung 2. Juni, 2 Bände. o.O.

Haury, Thomas 1992: Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus. In: Poliakov, Leon: Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Freiburg i.Br.

Ders. 1999: Der Antizionismus der Neuen Linken der BRD von 1967 bis Anfang der 90er Jahre. In: calcül-Zeitschrift für Wissen und Besserwissen, Nr. 6 (September 1999)

Klein, Hans-Joachim 1979: Rückkehr in die Menschlichkeit. Appell eines ausgestiegenen Terroristen. Reinbek/Hamburg
Kloke, Martin W. 1994(2): Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses. Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e.V., Band 20. Frankfurt/Main

Kunzelmann, Dieter 1998: Leisten Sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben. Berlin

Meinhof, Ulrike Marie 1967: Drei Freunde Israels. In: Deutscher, Isaac: Der israelisch-arabische Konflikt. Voltaire Flugschrift 21, Frankfurt/Main

Redaktionsgruppe 1993: Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora. Berlin

Rote Armee Fraktion 1997: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF. Berlin

Schily/Ströbele 1973: Plädoyers einer politischen Verteidigung. Reden und Mitschriften aus dem Mahler-Prozess. Internationale Marxistische Diskussion, Arbeitspapiere No. 11. Berlin

Winters, Peter Jochen 1972: Ulrike Meinhof lässt sich nur die Stichworte geben. Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.12.

BAHAMAS

Nr. 34 Frühjahr 2001

Hauptsache Sexualität

Im Dauergespräch über Sexualität wird ein monströses Sexualtabu aufgerichtet, das sich in der Jagd nach wirklichen und immer öfter vermeintlichen Vergewaltigern äußert. Deren Intensität auch in der Linken, verweist auf die Verdrängung der Lust und einen Haß gegen alle, die aus der Reihe tanzen. Kritik an der totalen Vergesellschaftung ist ohne die schärfste Abgrenzung von dieser allgemeinen Infantilisierung der Subjekte nicht mehr denkbar.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskauf / Briefmarken)

Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben

BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin

Tel./Fax: 030/6236944 oder bahamas@mail.nadir.org

Semitische Antisemiten?

Antijudaismus in arabisch-islamischen Gesellschaften

Um den Antijudaismus im Nahen Osten analysieren zu können, ist es aufgrund der weitgehenden Ignoranz europäischer Linker gegenüber den politischen und gesellschaftlichen Systemen der islamischen Welt notwendig, wenigstens einen kurzen historischen Abriss zum Verhältnis des Islam zum Judentum an den Anfang dieses Artikels zu stellen.

Schutzbefohlene des Islam

Bis zum Auftreten des Zionismus in Palästina läßt sich in der islamischen Welt keine andere Behandlung von Jüdinnen und Juden gegenüber AnhängerInnen anderer Buchreligionen feststellen. Juden hatten wie Christen oder Zoroastrier im Iran den Status von Schutzbefohlenen, sogenannten *Dimmis*, sie waren damit Staatsbürger minderer Rechte und minderer Pflichten. Christen und Juden hatten gegenüber dem islamischen Herrscher eine erhöhte Steuerpflicht zu erfüllen und durften Funktionen, die hoheitliches Handeln gegenüber Muslimen mit sich gebracht hätten, nicht ausüben. Dafür durften und mußten sie nicht in das Heer des islamischen Staates eintreten und durften sich einer gewissen personalen Autonomie innerhalb des Staates erfreuen. Jüdische und christliche Gemeinschaften konnten für rechtliche Probleme zwischen Angehörigen der eigenen Religionsgemeinschaft ihre eigene Rechtssprechung mittels ihrer eigenen

Richter ausüben. Die religiösen Oberhäupter der verschiedenen christlichen und jüdischen Konfessionen fungierten zugleich als politische Vertreter ihrer Gemeinschaft. Obwohl den Angehörigen nichtislamischer Buchreligionen die hoheitsrechtliche Funktionen über Muslime untersagt waren, konnten sie trotzdem wichtige Funktionen als Berater von Herrschern, Wissenschaftler, Ärzte oder Händler erreichen.

Der islamische Staat garantierte für die Ablieferung der erhöhten Steuern die Religionsfreiheit der verschiedenen christlichen und jüdischen Sekten. Insbesondere Gruppierungen, die zuvor von der orthodoxen Reichskirche Konstantinopels verfolgt worden waren, begrüßten die islamischen Eroberer Ägyptens und Syriens deshalb als Befreier, da ihnen die islamische Herrschaft wesentlich erträglicher schien als die christliche, die nicht nur die Mehrheit der Christen Syriens und Ägyptens verfolgte, da diese altorientalischen Kirchen angehörten, die von Konstantinopel als Ketzer betrachtet wurden, sondern auch die jüdischen Gemeinschaften, die seit der Christianisierung Ost-Roms unter immer wiederkehrenden Verfolgungen als „Christusmörder“ zu leiden hatten. So knüpften viele Jüdinnen und Juden an die „islamisch-arabischen Eroberungen sogar messianische Hoffnungen und arbeiteten mit den Invasoren zusammen.“²

Unter islamischer Herrschaft blühten sowohl die altorientalischen, christlichen Kirchen wieder auf, die auch als Alternative zur von einer fremden Macht beherrschten orthodoxen Kirche gefördert wurden, als auch die jüdischen Gemeinschaften, seien es nun Anhänger des rabbinischen Judentums, Samaritaner aus Nablus, Damaskus oder Kairo, oder Karäer, deren Lehren im arabischen Mittelalter in Mesopotamien starke Verbreitung fanden.

Quran und Hadith

Das Judentum war im arabischen Mittelalter in fast allen Teilen des islamischen Herrschaftsbereiches existent. Da in den letzten Jahrhunderten vor dem Auftreten Muhammads viele arabische Stämme, sowie das den Jemen beherrschende Reich der Himyariter zum Judentum konvertiert waren, waren Muslime von allem Anfang an mit jüdischen Gemeinschaften konfrontiert.

Während Muhammad das Christentum überwiegend nur aus seinen Handelsreisen nach Syrien kannte, existierte in Yatrib, dem späteren Medina bereits eine große jüdische Gemeinschaft, als Muhammad dort die Stelle des Richters (*qadi*) angeboten bekam. Verschiedene Suren des Quran, die auf das Judentum Bezug nehmen, sind in dieser medinensischen Phase entstanden und beziehen sich meist auf konkrete Allianzen und Konflikte, die Muhammad als *qadi* in Yatrib zu be-

Über den arabisch-palästinensischen Antisemitismus ist im Zusammenhang mit der jüngsten Eskalation des Nahost-Konfliktes viel unrecherchierter Bekenntnisjournalismus betrieben worden, der von der Behauptung, es gäbe einen arabischen Antisemitismus gar nicht, bis zur Feststellung, dieser wäre die aktuelle Variante des nationalsozialistischen Vernichtungsantisemitismus¹ reicht.

VON THOMAS SCHMIDINGER

wältigen hatte. Sein anfänglich sehr gutes Verhältnis zur jüdischen Gemeinschaft Yatribis änderte sich, als diese die Prophetenschaft Muhammads nicht anerkennen wollte und sich in den lokalen Machtkämpfen gegen die junge islamische Gemeinschaft wandte.

Aus dieser Phase stammen schließlich einige wenige antijüdische Stellen des Quran. Deutlicheren Niederschlag fanden diese Konflikte in den Hadithen, den überlieferten Aussprüchen des Propheten, die nach islamischer Lehre zwar im Gegensatz zum Quran nicht Wort Gottes sind, aber doch eine gewisse Richtschnur für Fälle bieten, in denen der Quran keine eindeutigen Aussagen trifft.

Die Bedeutung der Hadithen ist dabei sehr unterschiedlich, da sie erst Jahrhunderte nach Muhammads Tod schriftlich erfaßt wurden und die Überlieferungskette als wichtigstes Beleg für die Echtheit eines Hadith gilt. Je lückenloser eine Kette und je glaubhafter die Überlieferer, desto größer die Anerkennung, die ein Hadith genießt. Hadithen sind damit im Gegensatz zum Quran nicht sacrosankt und somit waren insbesondere antijüdische Hadithen immer wieder Gegenstand der Debatte. Sie waren nie Auslöser antijüdischer Politik oder Pogrome, wurden bei Bedarf aber zur Rechtfertigung dieser benutzt.

Zwischen Toleranz und Pogrom

Während im Christentum der Antisemitismus aus der Betrachtung der Juden als „Gottesmörder“, Verräter (Judas) und Geldwucherer im Tempel der Religion immanent ist und in der christlichen Ge-

schichte eher Normalzustand als Ausnahme war, kann dies vom Islam nicht behauptet werden. Der Islam hatte es nie so notwendig wie das Christentum, sich ständig vom Judentum abzugrenzen, da er sich zwar auf viele jüdische und christliche Traditionen beruft, im Gegensatz zum Christentum aber keine jüdische Sekte ist, der die Existenz der älteren Gemeinschaft, von der sich die Sekte getrennt hat, eine ständige Quelle der Verunsicherung und Anklage ist. Da Muhammad eine – aus islamischer Sicht – heidnische Bevölkerung zum Eingottglauben bekehrte, konnten Juden und Christen als verwirrte ältere Geschwister betrachtet werden, die zwar vom echten Eingottglauben abgekommen wären, aber schon noch irgendwann zu diesem zurückfinden würden. Im Gegensatz zum Christentum ist somit im Islam die Toleranz gegenüber den monotheistischen Buchreligionen – und nur gegenüber diesen – der Normalzustand, das Pogrom hingegen die Ausnahme.

Trotzdem gab es im islamischen Herrschaftsbereich immer wieder diese Ausnahmen. In der historischen Realität gab es gelegentliche Verfolgungen von NichtmuslimInnen, diese trafen jedoch meistens sowohl Christen als auch Juden. Beispielen von ausschließlich jüdischen Verfolgungen stehen solche von christlichen Verfolgungen gegenüber.

Was die gesamte islamische Geschichte über bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein nicht existierte, war eine spezifisch gegen Jüdinnen und Juden gerichtete Weltverschwörungstheorie, die in Europa bereits längst verbreitete Idee eines all-

mächtigen Weltjudentums. Wenn sich so etwas ähnliches bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts überhaupt herausgebildet hat, dann nur in spärlichen Ansätzen und eher gegen Christen gerichtet als gegen Jüdinnen und Juden.

Im späten Osmanischen Reich wurde die Verfolgung der christlichen Armenier durch die nationalistischen „Jungtürken“ mit teilweise ähnlichen Stereotypen begründet wie sie der europäische Antisemitismus benutzte. Die über das gesamte Land verteilten, teilweise im Handel aktiven Armenier wurden mit Wucher und Geldgeschäften verbunden und im 1. Weltkrieg als 5. Kolonne Russlands betrachtet, die durch Deportation in die Wüste vernichtet wurde.

Mit der zunehmenden Einflußnahme „christlicher“ europäischer Mächte im islamisch beherrschten Raum und der ökonomischen und politischen Besserstellung der christlichen Minderheiten durch die Einflußnahme dieser europäischen Kolonialmächte wandte sich, wenn überhaupt, die Aggression gegen Minderheiten eher gegen die arabischen Christen, denn gegen Jüdinnen und Juden.

Importnationalismus

Mit dem Beginn der zionistischen Siedlungspolitik in Palästina und der direkten Beherrschung arabischer Territorien durch Großbritannien und Frankreich veränderte sich dies langsam, aber nachhaltig.

Die durch die Kolonialmächte vorangetriebene Modernisierung und das Erlernen europäischer Fremdsprachen ermöglichte zunehmend auch den Export politischer Ideen aus Europa in den Nahen Osten, sowie die

Entstehung eigener politischer Bewegungen, die sich teilweise gerade durch den Import nationalstaatlicher Ideen aus Europa gegen jene wenden, die diese Ideen erst in den Nahen Osten gebracht haben. Der arabische Nationalismus ist so zugleich ein Kind des europäischen Kolonialismus, wie er sich gegen diesen wendet.

Nun ist der arabische Nationalismus aber keinesfalls eine einheitliche Bewegung und er war dies auch nicht in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Vielmehr stellte er ein Sammelsurium verschiedenster politischer Kräfte dar, die sich lediglich darin einig waren, die Kolonialherrschaft europäischer Mächte über „die Araber“ abschütteln zu wollen. In allem Weiteren unterschieden sie sich sowohl betreffend ihrer Zielvorstellungen, als auch Wege, Strategien und möglicher Verbündeter zur Erreichung dieser Ziele. Nur aus dieser Heterogenität des arabischen Nationalismus ist es zu erklären, daß sich daraus sowohl viele Teile der arabischen Linken entwickelten, als auch Gruppen der extremen Rechten.

Mit dem Erstarken faschistischer Bewegungen in Italien und Deutschland und der Konfrontation dieser mit den wichtigsten beiden Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien, wuchs auch tatsächlich in Teilen des arabischen Nationalismus ein völkisch-nationalistisches Denken, das sich deutlich vom französischen Nationsbegriff der frühen arabischen Nationalisten abhob. Sowohl einige Philosophen wie Sa'atí al-Husri³ als auch Teile der politischen Bewegungen des arabischen Nationalismus wie die Syrisch Sozial-Nationalis-

tische Partei,⁴ „Das Junge Ägypten“ oder die al-Futuwwa aus dem Iraq wandten sich zunehmend einem direkt vom europäischen Faschismus beeinflussten Denken zu.

Diese Gruppierungen konnten zwar insbesondere nach dem Beginn des Afrika-feldzuges der Deutschen Wehrmacht auf eine gewisse Anhängerschaft zurückgreifen, es gelang ihnen aber mit Ausnahme des „Jungen Ägyptens“ keine wirklichen Massenbewegungen aufzubauen, die nachhaltig antisemitisches Gedankengut verbreiten hätten können.

In Ägypten versuchten von 1933 bis 1935 deutsche Agenten „die Juden aus der Masse der lokalen Minderheiten auszusondern und anzugreifen.“⁵ Dagegen bildete sich jedoch rasch eine „Liga gegen den deutschen Antisemitismus, die zwar von Juden getragen war, aber Unterstützung in breiteren Kreisen der ägyptischen Gesellschaft fand.“⁵

Ein Vertreter des Nationalsozialismus in Kairo mußte schließlich resigniert feststellen: „Für das Verständnis der Rassentheorien ist der Bildungsgrad der breiten Masse nicht fortschrittlich genug. Das Verständnis für die Gefahren des Judentums ist hier noch nicht geweckt.“⁶

Relevanter als die Versuche faschistische Bewegungen in den arabischen Gesellschaften aufzubauen, waren schließlich die Sympathien, die Hadj Amin al-Huseini, der Mufti von Jerusalem für den deutschen Nationalsozialismus hegte. Relevant war die offene Kollaboration Huseinis mit den Nazis vor allem deshalb, weil er als wichtigstes religiöses Oberhaupt der palästinensischen Muslime zugleich einen nicht

zu unterschätzenden politischen Einfluß auf seine muslimischen Landsleute ausübte, aber als Mufti der drittheiligsten Stätte des Islams auch unter den vielen Muslimen außerhalb Palästinas großes Ansehen genoß. Hadj Amin al-Huseini, der in den Deißiger- und Vierzigerjahren durch seine religiös-politische Doppelfunktion einer der wichtigsten, aber keinesfalls unumstrittenen Integrationsfiguren der palästinensischen Nationalbewegung wurde und auch heute noch von vielen PalästinenserInnen als Nationalheld betrachtet wird, war den Nazis nicht nur behilflich, Freiwillige für muslimische SS-Hilfsdivisionen in Bosnien zu rekrutieren,⁷ sondern rief während seines Besuches in Deutschland auch öffentlich dazu auf, Juden zu ermorden.

Post-Holocaust-Antisemitismus

Nach der Staatsgründung Israels und der Vertreibung und Flucht eines Großteils der palästinensischen Bevölkerung aus dem neuen Staat, sahen sich viele PalästinenserInnen als verspätete Opfer des Holocaust, da sie die Errichtung Israels direkt als „Wiedergutmachung“ Europas an den Juden auf dem Rücken der Araber sahen. „Der jüdische Staat entstand nicht in Bayern oder Schleswig-Holstein.“⁸ Dabei hat die Staatsgründung Israels tatsächlich etwas mit der Schoa zu tun, allerdings weniger in dem Sinne, daß die Kolonialmächte hier eine deutsche Schuld wieder gut zu machen versucht hätten, sondern vielmehr dahingehend, daß der bis zur Schoa innerhalb der jüdischen Diskussion immer noch relativ marginale Zionismus seit der

industriellen Massenvernichtung der Jüdinnen und Juden in den Augen vieler Überlebender recht bekommen hatte. In den Augen vieler Holocaustüberlebender zeigte die Schoa, daß auch noch so assimilierte Jüdinnen und Juden im Ernstfall nicht sicher sein können und nur der von den Zionisten angestrebte jüdische Staat eine letzte Sicherheit geben könne.

Die eben erst zu tausenden vertriebenen PalästinenserInnen waren nach der Nakba, ihrer Katastrophe der Vertreibung, ebensowenig fähig, sich in die Opfer der Schoa hineinzuversetzen, die nun endlich ihren eigenen Staat hatten, wie die Opfer der Schoa sich in die eben vertriebenen palästinensischen Flüchtlinge hineinversetzen konnten.

Eine Auseinandersetzung der PalästinenserInnen mit der Schoa fand deshalb jahr-

zehntelang nicht statt. Wie diese von arabischen Intellektuellen und Politikern gesehen wurde, hing von der jeweiligen „Nützlichkeit“ im Konflikt mit dem Israelischen Staat ab.

Da kaum ein israelischer Politiker nach 1948 darauf verzichtete, die Schoa als Begründung für die Existenz Israels anzuführen, kamen so viele PalästinenserInnen auf die Idee, daß es ihnen nützen könnte, eben diese Schoa zu verschweigen oder überhaupt als israelischen Propandatricks zu bezeichnen und in Frage zu stellen. Holocaustrelativierung und -leugnung fällt ebenso wie der Antisemitismus erst nach der Staatsgründung Israels 1948 in den arabischen Staaten auf einen guten Boden. Dabei ist auch augenfällig, daß je näher ein arabischer Staat den Ereignissen in Palästina/Israel war und je mehr diese Ereignisse

- 1 Vgl.: PANKOW, Horst: *Kindermörder*, in: *Bahamas*, Nr.:33, Herbst 2000
- 2 BUNZL, J.: *Juden im Orient, Jüdische Gemeinschaften in der islamischen Welt und orientalische Juden in Israel*, Wien 1989, S 14
- 3 Vgl. TIBI, B.: *Vom Gottesreich zum Nationalstaat – Islam und panarabischer Nationalismus*, Frankfurt/Main 1991
- 4 Vgl. MENDEL, M. / MÜLLER, Z.: *Fascist Tendencies in the Levant in the 1930s and 1940s*, in: *Archiv Orientalni*, H. 55/1987, S 1-7
- 5 BUNZL, S 51
- 6 zit. nach: KRÄMER, G.: *Minderheit, Millet, Nation? Die Juden Ägyptens 1914-1952*, Wiesbaden 1982, S 278
- 7 Daß es sich dabei um letztlich eher erfolglose Versuche handelte, da die bosnische SS-Division „Handzar“ nur sehr kurz einsatzfähig war und sehr schnell wieder zerviel, ja rund 2.000 ihrer Angehörigen sogar direkt zu den Partisanen überliefen, ändert nichts daran, daß sie in der Phase ihres Einsatzes in Nord- und Ostbosnien für eine Reihe von Massakern an der Zivilbevölkerung verantwortlich waren und an der Seite der Deutschen Wehrmacht und des kroatischen Ustascha-Regimes gegen Partisanen und serbische Tschetniks kämpften.
- 8 BISHARA, A.: *Die Araber und die Schoa – Die Problematisierung einer Konjunktion*, in: WINKEL, R. / NORDBRUCH, G.: *Die Araber und die Schoa, Über die Schwierigkeiten dieser Konjunktion*, Trier 2000

die eigenen Gesellschaften in Mitleidenschaft zogen, desto stärker auch der Antisemitismus in diesen Staaten wuchs. Während jemenitische, marokkanische oder tunesische Jüdinnen und Juden wenig vom Anwachsen des Antisemitismus in den arabisch-islamischen Gesellschaften spürten und ihre Einwanderung nach Israel trotz intensiver Bemühungen Israels bis heute nicht zur Gänze erfolgt ist,⁹ nahm der Druck auf die jüdischen Gemeinschaften Ägyptens, Syriens oder des Libanon deutlich zu.

Der ehemalige General der israelischen Armee Yehoshafat Harkabi, der sich intensiv mit dem Antisemitismus in den arabischen Staaten beschäftigt hat, betrachtet den europäischen Antisemitismus überwiegend als prä-Holocaust-Erscheinung, während er den arabischen Antisemitismus als Post-Holocaust-Erscheinung sieht.¹⁰ Für Harkabi habe es im arabischen Interesse gelegen, den Eindruck der Schoa abzuschwächen. „Harkabi entnimmt diesem Sachverhalt, daß der arabische Antisemitismus nicht Grund, sondern Folge des arabisch-israelischen Konfliktes sei. Die totale Ablehnung des Staates Israel geht einher mit der Verleugnung des Leidens der Juden in der Geschichte.“¹¹

Antisemitische Realpolitik

Die reale Politik arabischer Staaten gegenüber ihren jüdischen Minderheiten hängt nach 1948 sehr stark mit der Entwicklung des Nahost-Konfliktes zusammen. Insbesondere nach dem Krieg von 1967, als Israel auch noch die verbliebenen arabischen Gebiete Palästinas inklusive der heiligen islamischen Stätten auf dem Tempelberg besetz-

te, begannen eine Reihe von arabisch-nationalistischen Regimen, die von großen Teilen der europäischen Linken als fortschrittlich und damit auch unterstützenswert betrachtet wurden mit einer deutlich restriktiven Politik gegen Jüdinnen und Juden, auch dann, wenn diese überhaupt nichts mit Israel zu tun hatten.

In Ägypten war nach Anschlägen des israelischen Geheimdienstes, der offensichtlich auch einige junge ägyptische Juden rekrutiert hatte, die Lage der jüdischen Minderheit bereits sehr kritisch geworden. Viele verließen in der Folge das Land. „Der entscheidende Schlag kam im Oktober/November 1956, im Zuge des britisch-französisch-israelischen Angriffs auf Ägypten. Es gab Massenverhaftungen und Ausweisungen ausländischer Staatsangehöriger und Staatenloser.“¹² Die Nationalisierung der Wirtschaft unter Gamal abd an-Nasir hatte zuvor bereits die Existenzgrundlage vieler ägyptischer Juden zerstört, was zur Auswanderung des Großteils der Ägyptischen Juden führte. Heute gibt es lediglich in Kairo und Alexandria noch kleine jüdische Gemeinden.

In Libyen wurden die bis dahin noch nicht ausgewanderten Jüdinnen und Juden durch Ausschreitungen während des Junikrieges 1967 vertrieben. Aus dem Iraq wanderten hingegen die meisten Jüdinnen und Juden bereits in den Fünfzigerjahren nach einer Serie von bis heute ungeklärten Anschlägen auf jüdische Einrichtungen nach Israel aus. Während dieser Auswanderungswelle Geheimverhandlungen israelischer Stellen mit der iraqischen Führung vorangegangen waren, in deren Folge der

Iraq die Auswanderung ungehindert geschehen ließ, wählte Syrien seit 1967 geradezu den gegenteiligen Weg und schloß die Grenzen für die jüdische Minderheit um „den zionistischen Feind“ nicht zu stärken. Erst in den Neunzigerjahren wurde eine reglementierte Auswanderung wieder erlaubt. Trotzdem leben noch immer einige Tausend Juden in der Altstadt von Damaskus und in Aleppo, wo sie eine unterdrückte und verschwiegene Minderheit darstellen. Sie können zwar ihren religiösen Pflichten nachkommen und stellen eine anerkannte religiöse Minderheit dar, das jüdische Viertel ist aber genauso wenig auf einem Stadtplan verzeichnet wie die alten Synagogen Damaskus. Wer nach jüdischen Spuren suchen will, muß genau hinsehen um im jüdischen Viertel Türstöcke mit hebräischer Schrift zu finden und kann, wenn er davon Aufnahmen macht, mit dem plötzlichen Auftauchen eines syrischen Geheimdienstmannes rechnen.

In Tunesien und Marokko, fernab vom Nahostkonflikt, existieren trotz kleineren Auswanderungswellen auch heute noch einige aktive jüdische Gemeinden. Seit einigen Jahren kommen sogar wieder sephardische Juden aus Israel nach Marokko zu Besuch um entfernte Verwandte aufzusuchen oder eine Wallfahrt zu wichtigen Heiligengräbern auf sich zu nehmen.

Obwohl Teilorganisationen der PLO immer wieder mit antisemitischer Propaganda auftraten und manche Aktionen, etwa Anschläge auf Synagogen oder die Selektion jüdischer Flugpassagiere durch ein deutsch-palästinensisches Kommando in

Endebbe, beim besten Willen nur als antisemitisch zu interpretieren sind, kann der PLO als Gesamtorganisation nicht vorgeworfen werden, daß sie nicht zwischen Jüdinnen und Juden einerseits und dem Zionismus oder dem israelischen Staat andererseits unterschieden hätte. Besonders grausame antisemitische Splittergruppen, wie der al-Fatah-Revolutionsrat Abu Nidals, der u.a. für den Anschlag auf die Wiener Synagoge und den Flughafen Wien-Schwechat verantwortlich war, wurden auch aus der PLO ausgeschlossen und von dieser verfolgt.

Die PLO setzte sich immer wieder für jüdische Minderheiten in den arabischen Ländern ein und kritisierte jene arabischen Staaten, deren Politik zur Flucht der jüdischen Bevölkerung nach Israel führte, da die PLO in der Masseneinwanderung der arabischen Jüdinnen und Juden in Israel eine Stärkung Israels und eine Schwächung der eigenen Position sah.

Auch außerhalb der arabischsprachigen Welt spielte das Verhältnis zu Israel immer wieder eine Rolle im Verhältnis zu den jüdischen Minderheiten im eigenen Land. In der Türkei hat sich durch die enge Zusammenarbeit mit Israel auch die Lage der jüdischen Gemeinschaften deutlich verbessert, im Iran war das Judentum zwar auch in der islamischen Republik immer eine anerkannte Religionsgemeinschaft und bis heute ist ein Parlamentssitz für einen Vertreter des iranischen Judentums reserviert, Israel wurde aber immer wieder mit dem „Großen Satan“ USA in Verbindung gebracht, einzelne Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft gelegentlich auch

ohne nähere Beweise wegen Geheimdiensttätigkeiten für Israel vor Gericht gestellt.

Im Iran, aber auch bei islamischen Integralisten in Ägypten oder im Libanon zeigt sich auch immer wieder, daß antizionistische Haltungen vermischt mit europäischem Antisemitismus auch dazu führen, daß antijüdische Hadithen, also Aussprüche Muhammads, die überwiegend aus der Zeit seiner Konfrontation mit den jüdischen Stämmen Medinas stammen, ausgegraben werden können und dem Antisemitismus so ein islamischen Anstrich gegeben wird.

Dies gilt insbesondere für die Muslim-Bruderschaft, deren organisatorischer Ableger in Palästina die „Islamische Widerstandsbewegung“ Hamas ist. Während der palästinensische Widerstand der Sechziger-, Siebziger- und Achzigerjahre fast ausschließlich von relativ sekulären, nationalistischen, linken und linksnationalistischen Gruppierungen angeführt wurde, hat sich die – ursprünglich von Israel als Konkurrenz zur PLO unterstützte – Hamas in den Neunzigerjahren zur führenden innerpalästinensischen Opposition gegen die Führung der Autonomiebehörde und die Abkommen von Oslo und Madrid entwickelt.

Garaudy und Irving in Kairo

Wenn wir nun von der in diesem Rahmen ohnehin nur umriß- und stichwortartig beschreibbaren konkreten staatlichen Politik weggehen, will ich mich noch ein wenig mit den ideologischen Stereotypen beschäftigen, die in der arabisch-islamischen Welt über Jüdinnen und Juden existieren.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sich abgesehen von den eben dargestellten islamischen Floskeln kaum eigene, in einem arabisch-islamischen Kontext entstandene antisemitische Stereotype oder vermeintliche Quellen existieren, sondern Texte des europäischen Antisemitismus teilweise in direkter Übersetzung herangezogen werden. Die Protokolle der Weisen von Zion sind etwa in ihrer arabischen Übersetzung seit Jahrzehnten ein Kassenschlager, der in vielen „ganz normalen“ Buchhandlungen zu kaufen ist und dort genauso gehandelt wird wie Marx, Ibn Khaldun oder Nagib Machfus. Nicht ganz solcher Beliebtheit erfreut sich die arabische Übersetzung von Mein Kampf, die erstmals 1963 erschienen ist und deren Neuauflage aus dem Jahr 1995 stammt.¹³

Wichtige Debatten lösten in der arabischen Presse und unter arabischen Intellektuellen die Bücher sogenannter „Geschichtsrevisionisten“ wie David Irving, Fred Leuchter und insbesondere Roger Garaudy aus. Die Werke dieser selbsternannten revisionistischen Historiker wurden teilweise ins Arabische übersetzt und finden sich ebenso in vielen seriösen Buchgeschäften in Kairo oder Damaskus. An der al-Azhar, der berühmtesten, ältesten und zugleich konservativsten islamischen Universität Ägyptens werden die Thesen der Holocaustleugner und –relativierer Irving und Garaudy durchaus ernsthaft diskutiert und als ernstzunehmende historische Position gelehrt.

Der ehemalige Kommunist Roger Garaudy, der seit den Neunzigerjahren ge-

schichtsrevisionistische Literatur verfaßt und dafür in Frankreich zu einer Geldstrafe verurteilt wurde, wird seit seinem Übertritt zum Islam von vielen islamischen Intellektuellen als besonders diskussionswürdig betrachtet.

Garaudy behauptet in seinem im Nahen Osten gefeierten Buch „Die Gründungsmythen der israelischen Politik“: „Der ‘Mythos der sechs Millionen ermordeten Juden’ wurde zum Dogma, welches alle Maßnahmen des Staates Israel in Palästina, im ganzen Nahen Osten, in den USA und, durch die USA in der ganzen Weltpolitik rechtfertigte und sakralisierte (wie das Wort Holocaust selbst impliziert), indem der Mythos über das gesamte Völkerrecht gestellt wird.“¹⁴

Garaudys Relativierung bzw. weitgehende Leugnung der Schoa ist im Nahen Osten deshalb so beliebt, weil sie sich scheinbar direkt als Waffe gegen Israel nützen läßt. Die gesamte Rezeption Garaudys in den arabischen Medien zielt auf diese vermeintliche Nützlichkeit seiner Thesen ab. Garaudys Verurteilung in Frankreich machte ihn zudem zum Helden jener, die seine Thesen für brauchbar hielten. Selbst der offizielle Palästinensische

Schriftstellerverband stellte sich ebenso verteidigend hinter Garaudy, wie die Union der Journalisten in Ägypten.

Die Schoa und den Antisemitismus thematisieren

Gerade diese Unterstützung für den Holocaustleugner Garaudy hat aber auch jene mobilisiert, die mit diesen Positionen nichts zu tun haben wollen. Edward Said, überzeugter Antizionist und wichtiger palästinensischer Universitätsprofessor in den USA, stellt klar: „Israel ist weder Südafrika noch Algerien oder Vietnam, und die Juden sind, ob es uns gefällt oder nicht, keine gewöhnlichen Kolonialisten. Sie haben den Holocaust erlitten, sie sind Opfer von Antisemitismus, das ist unbestreitbar... Im politischen Denken und in den Diskussionen einer Reihe arabischer Intellektueller ist jedoch derzeit eine Zunahme von üblem Antisemitismus und scheinheiligem Purismus zu beobachten... Die Behauptung, der Holocaust sei nur eine Erfindung der Zionisten, ist in unerträglicher Weise immer noch in Umlauf. Wie sollen wir von der Welt erwarten, daß sie die Leiden der Araber zur Kenntnis nimmt, wenn wir zum einen nicht fähig sind,

9 Um die jemenitischen Jüdinnen und Juden überhaupt zu Auswanderung bewegen zu können, mußten zionistische Vertreter den dortigen jüdischen Gemeinden erzählen, daß mit der Errichtung des Staates Israel das messianische Zeitalter begonnen habe, David Ben-Gurion von König David abstamme und die Rückkehr nach Israel nach der biblischen Verheißung auf Adlerschwingen (= Flugzeugen) stattfinden werde. (BUNZL, S 62)

10 Vgl.: HARKABI, Y.: *Noch einmal über arabischen Antisemitismus* (hebr.), Jerusalem 1980, S 247-259; ders. *Arab attitudes to Israel*, New Brunswick 1974, S 223 – 304

11 BISHARA, A.: S 15

12 BUNZL, S 57

13 Vgl.: KNAUL, Susanne in der taz vom 9. Oktober 1999

14 Vgl.: WINKEL, R. / NORDBRUCH, G., S 39

das Leid anderer anzuerkennen, auch wenn es unsere Unterdrücker sind, und wenn wir uns zum anderen weigern, uns mit Tatsachen zu beschäftigen, nur weil sie nicht in die schlichte Vorstellungswelt mancher wackerer Intellektueller passen, die den Zusammenhang zwischen dem Holocaust und Israel nicht sehen wollen!"¹⁵

Den Versuchen Garaudy mit dem Argument der Meinungsfreiheit zu verteidigen und ihn in eine Reihe mit Salman Rushdie oder Faraj Foda zu stellen begegnet Said mit dem Hinweis auf die Meinungsfreiheit in den arabischen Staaten: „Sollten wir uns nicht besser um die Meinungsfreiheit in unseren Ländern einsetzen, um die es bekanntlich schlecht bestellt ist? In der arabischen Welt sind Zensur und Verfolgung von Presseorganen schließlich ein weitaus größeres Problem als in Frankreich“¹⁶

Edward Said ist aber kein Einzelbeispiel. Parallel zur Infragestellung der offiziellen israelischen Geschichtsschreibung durch die „neuen Historiker“¹⁷ in Israel entwickelten sich die letzten zehn Jahre auch auf der arabisch-palästinensischen Seite immer vielfältigere und oft auch widersprüchliche Analysen zur eigenen Geschichte, die auch zunehmend die Schoa in die Entstehungsgeschichte Israels einbeziehen und versuchen, die Traumatisierung, die die Schoa für

die überlebenden Jüdinnen und Juden bedeutete, mitzubedenken. Erste Begegnungen und Diskussionen zwischen den „neuen Historikern“ auf israelischer Seite und einigen jüngeren fortschrittlichen Historikern auf der arabischen Seite haben bereits stattgefunden und geben zumindest Anlaß auf eine vorsichtige Hoffnung, die jeweils andere Geschichte in Zukunft mitzudenken. Der palästinensische Intellektuelle und Knesset-Abgeordnete Azmi Bishara fordert immer wieder die Auseinandersetzung der palästinensischen Gesellschaft mit der Schoa ein und tritt zugleich allen Verharmlosern und Leugnern dieser industriellen Massenvernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden ebenso entgegen, wie jenen, die glauben Israel mit antisemitischen Argumenten bekämpfen zu können. Bishara befindet sich mit seiner Forderung, daß die historischen Lehren aus dem Holocaust nicht „Eigentum“ des Staates Israel wären, sondern zu universalisieren wären, zwar selbst auf einer Gratwanderung in der Nähe der Infragestellung der Einzigartigkeit der Schoa und übersieht teilweise, daß es eben doch gerade die Jüdinnen und Juden waren und nicht irgendwer, die der Schoa zum Opfer gefallen sind, löst aber mit seinen Forderungen wichtige Debatten aus, die in der arabischen Welt durchaus auch den ei-

genen Antisemitismus und die Kollaboration mancher arabischer Nationalisten mit dem deutschen Nationalsozialismus zum Inhalt haben.

Auch der bekannteste palästinensische Dichter der Gegenwart Mahmoud Darwish appellierte zum 50. Jahrestag der Vertreibung der Palästinenser im Jahr 1948 an die palästinensische Öffentlichkeit, die Schoa nicht länger zu ignorieren und gegen Antisemitismus in den eigenen Reihen aufzutreten.

Die veränderten Geschichtsbilder, die aus den innerisraelischen und innerpalästinensischen Diskussionen der letzten Jahre resultieren, haben teilweise auch schon in den Geschichtsunterricht palästinensischer und israelischer Schulen Eingang gefunden. Projekte wie der gemeinsame Besuch von israelischen und palästinensischen Jugendlichen in der Holocaustgedenkstätte Yad Vashem können vielleicht nur als kleine Schritte zu einer Thematisierung des Holocaust und des Antisemitismus auf der arabischen Seite gewertet werden, stellen aber unter Umständen eine Saat dar, deren Früchte später einmal zu ernten wären.

Viele dieser Bemühungen haben durch die Ereignisse der letzten Monate wieder entscheidende Rückschläge erlitten. In der Phase einer wachsenden Konfrontation scheinen auch die beiden nationalen Kollektive wieder näher zusammenzurücken.

Während auf der israelischen Seite, vom Likud-Block und weiter rechts stehenden Parteien wieder immer offener werdender anti-arabischer Rassismus zu hören ist, sind auch auf der palästinensischen Seite die antisemitischen Stimmen lau-

ter geworden, insbesondere jene, die ihrem Antisemitismus einen islamischen Anstrich verpassen. Trotzdem bleibt festzuhalten, daß es sich selbst bei dieser Art militant werdendem Antisemitismus um eine Folge des Nahost-Konfliktes handelt und nicht um seine Ursache. Dies bedeutet noch lange nicht, daß der arabische Antisemitismus mit einer dauerhaften Friedenslösung, die auch die Lösung der sozialen Probleme der Region ermöglicht, automatisch verschwinden würde. Es gibt untrügliche Anzeichen einer gewissen Verselbstständigung dieses Antisemitismus, der teilweise auch bereits in Politikbereichen auftritt, die überhaupt nicht im Geringsten in Zusammenhang mit Israel stehen. Trotzdem bleibt festzustellen, daß hinter dem arabischen Antisemitismus keine so lange Geschichte steht, und sich in dieser auch kein so in sich geschlossenes Weltbild einer antisemitischen Ideologie entwickeln konnte, wie in Deutschland und Österreich. Der arabische Antisemitismus bleibt ein europäisches, primär deutsch-österreichisches Importprodukt, das je nach Bedarf für die Auseinandersetzung mit Israel eingesetzt wird und keine solch tiefe Verankerung in der Bevölkerung findet wie hierzulande. Je länger dieser Konflikt mit Israel aber andauert, und je mehr Araberinnen und Araber bereits mit den Versatzstücken aus den Protokollen der Weisen von Zion groß werden, desto stärker verankern sich Ideologeme, die sich irgendwann mit der Lösung des Konfliktes, für den sie ursprünglich eingesetzt wurden, nicht mehr aus der Welt schaffen lassen.

15 SAID, Edward in der *Le Monde diplomatique* (deutschsprachige Ausgabe), 14. August 1998

16 ebenda

17 Zu den Auseinandersetzungen mit den „neuen Historikern“ sind mittlerweile auch in Europa einige Texte erschienen. Einen kurzen aber gut zusammengefaßten Überblick dazu gibt es in einem Kapitel von: HOEKMANN, G.: *Zwischen Ölweig und Kalaschnikow, Geschichte und Politik der palästinensischen Linken*, S 19-23

Never Ending Story

Neuerscheinungen zum linken Antisemitismus

Auch wenn viele Linke immer noch aus allen Wolken fallen, wenn man ihnen etwas über linken Antisemitismus erzählen will, ist die Debatte darüber so neu nicht. Einer gewissen Aufmerksamkeit kann sich die Kritik am Antisemitismus in der Linken spätestens seit dem Golfkrieg 1991 sicher sein. Bereits damals wurde im Grunde alles notwendige zur Kritik des als Antizionismus daher kommenden Antisemitismus gesagt, beispielsweise von der Initiative Sozialistisches Forum, einem Arbeitskreis unabhängiger Linkskommunisten und -kommunistinnen in Freiburg, der seine Texte vom Anfang der neunziger Jahre nun in Buchform erneut veröffentlicht hat. Die Gründe für den linken Antisemitismus werden in erster Linie in der unzureichenden Ökonomiekritik und der kaum vorhandenen Staatskritik der Linken ausgemacht: „Die ‘Linke’ ist nur insofern gegen den Antisemitismus mindest immun und der Möglichkeit nach kritisch, als sie die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie als Kapital- und Staatskritik begreift – also weder als Kritik der Zirkulation durch die Produktion noch als Denunziation der Macht mittels der Menschenrechte, sondern als kritische Sabotage des Totalitätscharakters kapital-

lisierter Gesellschaften.“ Gerade das, was der Linken offensichtlich am heiligsten ist, wird als Einfallstor des Antisemitismus gekennzeichnet – die Politik: „Die ‘Linke’ hat am Antisemitismus teil, insoweit sie den Ausbeutungscharakter der Ökonomie mit politischen Mitteln aushebeln will. Als schon staatstragende oder noch bloß staatswillige ‘Linke’ erbt sie die kategorialen Bestimmungen und die objektiven Praxisformen von Staatlichkeit als solcher, deren erste und prominenteste: die Homogenität des Staatsvolkes und der Identifizierung der Individuen als Nationalstaatsbürger, zum fundamentalen Bestand antisemitischer Agitation gehört.“

Die ISF rechnet mit so ziemlich jedem Unsinn ab, der zur Grundausstattung der Linken gehört und erklärt den Zusammenhang dieses Unsinn mit dem Antisemitismus von links. Sie räumt mit rechten wie linken Mythen über die israelische Staatsgründung auf und rückt den Zionismus ins richtige Licht: „Der Zionismus ist die falsche Antwort auf den Antisemitismus, die sich, grauenhafterweise erst im nachhinein, als die einzige nach dem Zustand der Geschichte vorläufig angemessene erwiesen hat, während die immer noch richtige Antwort: Revolution für die staaten- und klas-

senlose Gesellschaft, vom Stalinismus zur weltfremden Utopie abseitiger Spinner erniedrigt worden ist.“ Dementsprechend gibt es auch einen zentralen Unterschied zwischen der antinationalen Kritik israelischer Linker und dem Antizionismus insbesondere österreichischer und deutscher Linker, die in der israelischen Nationalideologie im vollen Einklang mit Adolf Hitler den „Feind aller Völker“ erblicken: „Wenn die israelische Linke gegen den Nationalismus in Gesellschaft und Staat angeht und das Antizionismus nennt, entspricht das der Tradition und ist ein bloßer Name für diese Kritik. In Deutschland und unter den Freunden des homogenen Volkstums generell dagegen ist ‘Antizionismus’ Anzeichen der Projektion und daher kein Name für eine Sache, die vielleicht auch ganz anders heißen könnte, sondern vielmehr eine Chiffre und ein Code.“

Die Texte der ISF, in denen auch Antimilitaristen und -militaristinnen einige Munition für ihre Kritik finden können (etwa Ausführungen dazu, warum Soldaten keine Mörder, sondern Schlimmeres sind), zeugen vom Bewußtsein über die Grenzen von Aufklärung. Zugleich geben sie sich Mühe, trotz aller sachgerechten Polemik eine Kritik zu favorisieren, die auf

Die Gründe für den Antisemitismus in der Linken sind in der unzureichenden Ökonomiekritik und der kaum vorhandenen Staatskritik zu finden.

VON STEPHAN GRIGAT

die Sache zielt, nicht vorrangig auf das Individuum, auch wenn die Eigenheiten des Individuums keine Entschuldigung für die von ihm vertretene Sache sein können: „Nach der Seite der Gesellschaft hin betrachtet sind Antisemitismus und Antizionismus ideologiekritisch nur zu brechen und praktisch nur zu kritisieren, wenn der gesellschaftliche Gehalt der antisemitisch-antizionistischen Agitation nicht subjektivistisch reduziert und durch die ‘gute Absicht’ entschuldigt oder relativiert wird. Nur den Einzelnen gegenüber kann – privat – angenommen werden, daß nicht das gemeint wurde, was zum Ausdruck kam, mag es auch widerlich genug sein; dem Agitator dagegen muß, als öffentlicher Person, das Gesagte als wirklich Gemeintes auf den Kopf zugesagt werden.“

In den siebziger, achtziger und frühen neunziger Jahren hatte der Antizionismus in der BRD eine dreifache Funktion: „Erstens war er die objektive Agentur des Antisemitismus im Lager der Linken, einer Linken, die eben dadurch (...) ihre Zugehörigkeit zum nationalen Kollektiv demonstrierte. Antizionismus war die Form, in der sich die Linke, aller Opposition zum Trotz, mit dem Gründungsverbrechen der Nation einverstanden erklärte und ihren Anteil reklamierte. Zweitens war der Antizionismus die Repräsentanz des durch die Sowjetunion (...) dargestellten Hegemonialanspruchs des Marxismus-Leninismus über die Linke. (...) Im Antizionismus gestand die Linke ihre fundamentale Unfähigkeit zur Kri-

tik der traditionellen Arbeiterbewegung wie zur Kritik der Vergesellschaftungsweise sowjetischen Typs ein. Und drittens erlaubte der Antizionismus, unterm Vorwand internationalistischen Engagements, die Wiederaaneignung der Idiotie von Volk, Vaterland und Muttersprache. Volk, der Inbegriff der Konterrevolution, Volk, die antiemanzipatorische Kategorie schlechthin und also der Gegenbegriff zu Gesellschaft (...) stieg auf zur zentralen Kategorie des Internationalismus. ‘Dem Volke dienen’ war der Freibrief, die deutsche Geschichte zum Selbstbedienungsladen zu machen, um sich dem Volk der Denker und Henker anzudienen.“

Im heutigen Deutschland von Schröder und Fischer hat sich diese dreifache Funktion weitgehend erübrigt: „Die antizionistische Linke hat sich erledigt, ihr Auftrag – mit Hilfe des Antizionismus die deutsch-völkische Kontinuität zu wahren und die Nation zu entschulden – ist erfüllt. (...) Da die ehemals antizionistische Linke nun ihr nationales Projekt Deutschland hat, kann sie ihre Identifikation mit den unterdrückten Völkern aufgeben und sich anschicken, die ‘Diktatoren’ und ‘unbelehrbaren Nationalisten’ dieser Welt unmittelbar, mit der geballten Macht des ‘Modells Deutschland’ im Rücken, zur Räson zu bringen.“ Es ist nicht auszuschließen, daß in Zukunft auch israelische Politiker und Politikerinnen zu jenen „unbelehrbaren Nationalisten“ gerechnet werden, die nur noch durch deutsche „Friedenstruppen“ auf den rechten Weg zurückgeführt werden können.

In Österreich verhält sich alles etwas anders. Zum einen ist man der Entwicklung hin zum zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsfanatismus mal wieder ein wenig hinterher, was sich aber durch eine ja gar nicht so unwahrscheinliche zukünftige rot-grüne Koalition in rasantem Tempo ändern könnte. Zum anderen ist die Konstellation in Österreich tatsächlich eine andere, wenn auch wohl nur verschobene. Hier arbeiten antiimperialistische Volksfreunde von links und irakbegeisterte sowie Gaddafi hofierende postfaschistische Radikaldemokraten von der FPÖ von verschiedenen Seiten an der Transformation des sowohl im linken wie im rechten Flügel der demokratischen Volksgemeinschaft latent vorhandenen Antisemitismus hin zu einem zur Tat schreitenden.

Gefühl statt Kritik

Die ISF und andere Kritiker und Kritikerinnen aus dem Spektrum der antideutschen Linken sahen sich Anfang der neunziger Jahre mit ihren Polemiken gegen den linken Antisemitismus noch einer wild um sich schlagenden Abwehrfront gegenüber. Inzwischen ist die Beschäftigung mit Antisemitismus in der Linken in weiteren Kreisen zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Sie ist offenbar sogar dermaßen selbstverständlich, daß sie ohne großes Nachdenken auskommt. Das Buch „Wir sind die Guten“ dokumentiert, wie die Kritik des Antisemitismus, die sich zunächst einen Begriff von ihrem Gegenstand zu machen hätte (was nicht mit der inzwischen in Teilen der Linken chic gewordenen

pseudokritischen Attitüde zu verwechseln ist, anstatt von Antisemitismus von „Antisemitismen“ zu sprechen), durch einen gefühlvollen Sumpf aus Befindlichkeit, Selbstmitleid und Verdrukstheit ersetzt werden kann. Dem Herausgeber und der Herausgeberin, die sich die radikale Linke zu einem an ein nationales Kollektiv erinnernden „wir“ konstruieren, scheint es nicht mehr um eine Überwindung des Antisemitismus zu gehen, sondern um ein besseres Auskommen mit ihm: „Unser Antisemitismus ist nicht schlimmer oder harmloser als der anderer gesellschaftlicher Gruppen, wir sollten uns mit unserem Antisemitismus jedoch besser auskennen.“ Einen anderen Satz in der Einleitung des Buches muß man erst dreimal lesen, bevor man glaubt, daß er wirklich dort steht. Es geht dem Herausgeber und der Herausgeberin darum, den „Antisemitismus in den eigenen Kreisen zu enttabuisieren“. Und so berichtet dann auch der Beitrag von Willi Bischof von „Entdeckungen und Erfahrungen bei dem Versuch“ eben jenen Tabubruch, für den ansonsten Figuren wie Martin Walser oder Horst Mahler zuständig sind, in die Tat umzusetzen. Mag sein, daß es sich hierbei nur um unglückliche Formulierungen handelt. Aber auch als solche verraten sie den Willen, sich über Antisemitismus bloß keinen ernsthaften Gedanken zu machen.

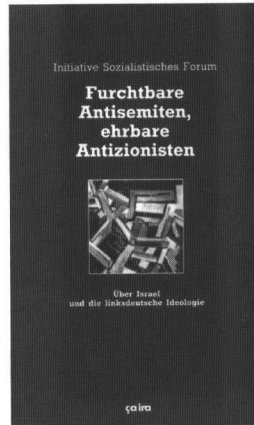
In den meisten Beiträgen des Bandes, der allein dadurch, daß sich in ihm beispielsweise auch ein halbwegs brauchbarer Text zur autonomen Antifa in der

BRD findet, nicht besser wird, ist man mit persönlichem Geschwätz zu Antifaaktionen, mit privaten Details zur Kinderbetreuung in autonomen Zusammenhängen und allerlei anderem langweiligem Zeug konfrontiert, das zum Verständnis des Antisemitismus rein gar nichts beiträgt, aber eindrucksvoll das Elend der unter Autonomen nach wie vor so beliebten Politik in der ersten Person illustriert.

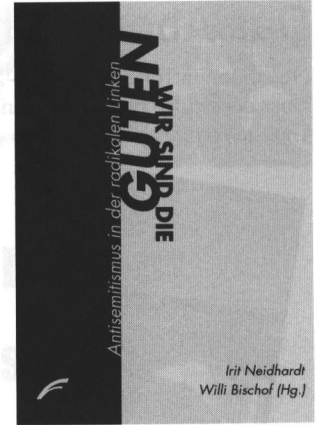
So begrüßenswert es auch ist, daß sich Personen aus der autonomen Familie des Themas annehmen und versuchen, dadurch eine breitere Debatte anzuregen – das Ergebnis ist einfach ein schlechtes Buch, dessen Beiträge größtenteils auch noch so miserabel formuliert und lektoriert sind wie schon lange kein Text mehr,

der den Weg zwischen zwei Buchdeckel eines linken Verlages gefunden hat. Zu all dem paßt dann eine Literaturliste, die mit ganzen neun Titeln auskommt und so die Ignoranz gegenüber den bisherigen Diskussionen zum Thema, die man auch den meisten Beiträgen anmerkt, nochmals dokumentiert.

Der Verlag freut sich inzwischen über zahlreiche positive Rezensionen seines Buches. Offenbar bedient es ein Bedürfnis nach einer Auseinandersetzung mit linkem Antisemitismus, die eher auf eine Art alternativer Vergangenheitsbewältigung inklusive Generationengespräch hinausläuft, anstatt dem Antisemitismus in der Linken mittels Ideologiekritik jegliche Grundlage zu entziehen. ■



Initiative Sozialistisches Forum: Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie. Ça ira-Verlag, Freiburg 2000, 155 Seiten, 24,- DM



Willi Bischof/ Irit Neidhardt (Hg.): Wir sind die Guten. Antisemitismus in der radikalen Linken. Unrast-Verlag, Münster 2000, 188 Seiten, 26,80 DM

Armeeabschaffungswein

Preis pro Flasche/für Mitglieder der ARGE oder ab 12 Flaschen

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ

___ Flaschen	WEINVELTLINER	Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-
___ Flaschen	WEINZWEIGELT	Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-

Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ, Ernte für das Leben

___ Flaschen	WEINCHARDONNAY	Chardonnay, trocken, fruchtig	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINRIESLING	Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINPINOTNOIR	Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINBLAUER	Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINSTEFANIE	Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINROSE	Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINGLÖGER	Glögerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchtanteilen nach der Gärung	210,-/195,-

Plaimont Producteurs, St. Mont, Frankreich

___ Flaschen	WEINPLAIMONT	Plaimont Sélection, fruchtiges, unkompliziertes Rotwein-Cuvée	90,-/85,-
--------------	--------------	---	-----------

Bei Versand: zuzüglich 20% Versandkosten

T-Shirts, Präserlⁿ, Feuerzeuge, Anstecker

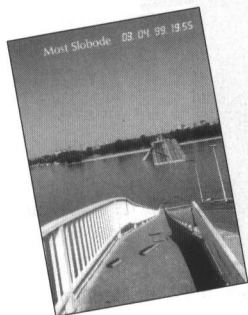
Einzelpreis

___ Stück	TSHIRTASYL XL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL	120,-
___ Stück	TSHIRTASYL XXL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XXL	120,-
___ Pkg.	PRÄSERL	Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück	20,-
___ Stück	FEUERZEUG	Feuerzeug „Bundesheer abschaffen“	20,-
___ Stück	ANSTECKER	Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“	25,-

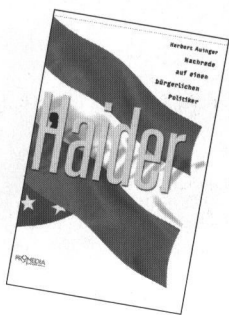
☐ Ich interessiere mich für die **Friedenssteuer** – senden Sie mir den Faltprospekt mit näheren Informationen zu!

Das Abo-Geschenk

NeuabonnentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der beiden nachstehenden Bücher. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



Hannes Hofbauer (Hg.): **Balkankrieg – Die Zerstörung Jugoslawiens** Promedia, 264 Seiten



Herbert Auinger: **Haider – Nachrede auf einen bürgerlichen Politiker** Promedia, 240 Seiten

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (Bestellschein unten). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise:

Österreich:	250,- ATS
Ausland:	350,- ATS
Übersee:	450,- ATS
Förderabo:	700,- ATS



Seit der Nummer 3-4/2000 von **Context XXI** arbeitet auch die **Ökologische Linke (ÖKOLI)** an dieser Zeitschrift mit und hat ihre Zeitschrift **radiX** seit Erscheinen der letzten Nummer im September in **Context XXI** überführt.

Gemeinsam soll eine bessere Zeitschrift entwickelt werden, als die beiden Teile es waren. Als Gruppe bleibt die **ÖKOLI** aber eigenständig aktiv und wird auch weithin mit eigenen Aussendungen, Flugblättern und Veranstaltungen an die Öffentlichkeit treten. Wer Flugblätter, e-mail-Aussendungen,... will oder einfach mit der **ÖKOLI** in Kontakt treten will kann dies unter folgenden Adressen tun:

Ökologische Linke Wien • Schottengasse 3a/1/4/59 • 1010 Wien • e-mail: oekoli_wien@gmx.net • <http://www.oekoli.cjb.net>
Ökologische Linke Vorarlberg • Postfach 73 • 6800 Feldkirch • e-mail: oekoli.vlbg@gmx.li

Bestellschein bitte senden (faxen) an: Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Die Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

- ☐ Abonnement
☐ Förderabonnement
☐ Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI**

ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Als Abo-Geschenk

wähle ich folgendes Buch:

- ☐ Geissler: **Kamalatta**
 Roman
☐ Lohoff: **Der Dritte Weg**
 in den Bürgerkrieg

ConInfo – Mailinglist

- ☐ Ich bin AbonnentIn oder bestelle nebenstehend ein Abo und möchte in die Mailinglist **ConInfo** aufgenommen werden.

Meine e-Mail-Adresse:

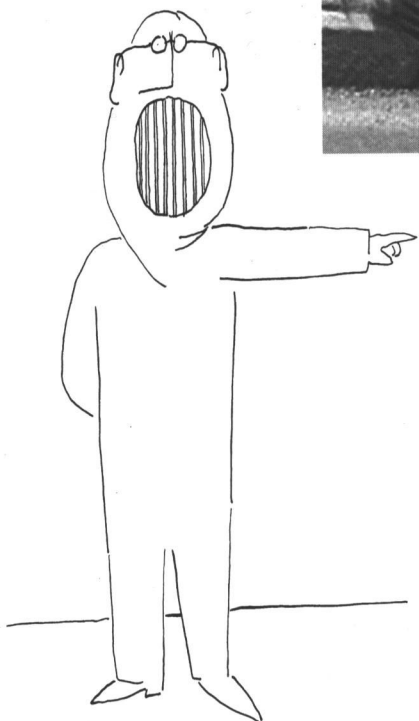
Einzelhefte, Broschüren, T-Shirts, CDs ...

Einzelpreis

___ Stück	ZOOM0000	ZOOM-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	ZOOM97045	Broschüre: Ratgeber Wehrdienstverweigerung – Zivildienst u.a.	50,-
___ Stück	ZOOM98067	Broschüre: Europa 2001 – Odyssee im Weltmarkt	70,-
___ Stück	ZOOM96045	Broschüre: Es muß nicht immer GLADIO sein – Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken ..	70,-
___ Stück	ZOOM97012	Broschüre: ImmerWEHREnd – NATO-Integration, Neutralitätsbrüche, Militarisierung	70,-
___ Stück	CDEUROPA	CD: Etwas besseres als Europa	80,-
___ Stück	TSHIRTKEIN SK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck klein ☐ L ☐ XL	120,-
___ VERGRIFFEN		T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck groß	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN BK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck klein, Größe XL	120,-
___ VERGRIFFEN		T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck groß, Größe XL	120,-

Besteller/in:

Datum:



**Beschuldigt mich nicht
des Antisemitismus.
Einige meiner besten
Freunde sind Wörter.**

Grünalternative Jugend Wien

Lindengasse 40, 1070 Wien Tel.: 01/52125-242

info@gajwien.at, www.gajwien.at

Wir treffen uns jeden Montag um 19:30



Bücher **Zeitungen** **Broschüren** **Plakate**
Antiquariat
Wir besorgen jedes lieferbare Buch

Anarchistische Buchhandlung

1090 Wien, Hahngasse 15

Tel.: (01) 310 76 93, 319 52 22

E-Mail: rbh@inode.at • <http://www.inode.at/rbh>

Öffnungszeiten:

Montag und Dienstag 10.00 – 14.00 Uhr

Montag bis Freitag 15.30 – 19.30 Uhr

Neu:

VOLXBIBLIOTHEK

Die anarchistische Bibliothek des Widerstands mit einer großen Auswahl linksradikaler, feministischer, antifaschistischer, anti-rassistischer, antimilitaristischer, marxistischer und eben anarchistischer Bücher zum hineinschmökern und ausleihen:

**Jeden Mittwoch 17⁰⁰ – 20⁰⁰
im 2. Stock**

**des Ernst Kirchweger Hauses
(Wielandgasse 2-4, 1100 Wien)**



Leserinnen und Leser!

Mehret Euch!



Abos und Probeabos:

<http://contextXXI.mediaweb.at> (Context XXI print → Abo-/Heftbestellung)

contextXXI@mediaweb.at

Fax +43-1/532 74 16

Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien